Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 30. Dez. bis 5. Jan. 55 Goldpfg. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 4. Sonnabend, 5. Januar 1924. 31. Jahrgang.

Arbeiter! Arbeiterfrauen!

Der Tag der Abrechnung ist da!

Rechnet ab.

Rechnet ab mit jenen gewissenlosen Ausbeutern des Volkes, die schuld haben an Eurer Not und an Eurem Elend.

Rechnet ab mit jenen, die auf den Hungergräbern deutscher Säuglinge die Berge ihres Profits aufgebaut haben.

Habt Ihr noch ein ordentliches Stück Wäsche im Haus? Habt Ihr noch menschenwürdige Kleider für Euch und Eure Kinder?

Alles haben sie Euch weggestohlen. Ausgeplündert haben sie Euch in ihrer schamlosen Profitwut bis aufs Blut. Und wenn Ihr mehr Geld, mehr Lohn haben wolltet, dann hatten sie für Euch nur Hohn und Spott.

Aber für einen riesenhaften Wahlkampf, da haben sie Geld. Riesensummen stellten sie bereit, um den Sieg zu feiern, der ihnen die Alleinherrschaft über das lübeckische Volk wiedergeben soll.

Arbeiter! Vergeßt nicht! Schenkt den hochmütigen Herrn vom Kapital nichts! Denkt an den Achtstundentag! Denkt daran, wie sie Euch auf die Straße werfen, wenn es ihnen gefällt. Denkt an die Löhne, die sie Euch bisher bezahlt haben und die sie Euch heute bezahlen. Und — sie wollen Euch noch weniger geben. Jede Eurer Stimmen sei für diese Feinde des arbeitenden Volkes ein Denkzettel. Er laute:

Ja!

Arbeiter, Beamte, Angestellte! Weshalb ist Deutschland verarmt? Weshalb ist kein Geld da, um Euch menschenwürdig zu bezahlen? Weil dieselben Herren, die heute um Eure Stimme buhlen, dem deutschen Volke den ganzen Reichtum aus den Knochen gesogen haben, und weil sie ihn ins Ausland verschoben haben. Diese Herren haben sich gesichert. Sie haben ihr Schäfchen im Trocknen. Möge das Volk zehnmal verkommen und verhungern. Klopft ihnen auf die Finger! Wählt

Ja!

Klein- und Sozialrentner! Wo sind Eure Spargroschen? Gestohlen hat man sie Euch, richtig gestohlen. Sie sind heute in der Tasche des Großkapitals, der Banken und der Agrarier. Euch aber bietet man dafür einige traurige Almosen an!

Protestiert gegen die Schamlosigkeit! Das Großkapital soll seine Gewinne wieder herausgeben. Damit jeder Deutsche sich sattessen kann! Jetzt buhlt das Kapital um Eure Stimme, dasselbe Kapital, das Euch den Strick des Hungers um den Hals gelegt hat. Was soll Euch der Vortrag des Bürgermeisters nützen? Ihr müßt selbst für Eure Interessen kämpfen! Ihr müßt selbst mit Euren Peinigern abrechnen.

Wählt deshalb Ja!

Frauen! Die bürgerliche Wahlpropaganda ist am Ende ihrer Wissenschaft. Jetzt gräbt sie, um Euch zu ängstigen, die ältesten Mätzchen aus: „Die Sozialdemokraten wollen Religion und Ehe zertrümmern!" Schwindel! Trauriger, uralter Wahlschwindel!

Die Sozialdemokratie bekämpft allerdings die Heuchelei, die Heuchelei der schönen Worte, die den Mitmenschen mitleidslos verhungern läßt. Und die Sozialdemokratie war es gerade, die seit Jahrzehnten für die Freiheit und Gleichberechtigung der Frau eingetreten ist.

Frauen! Klärt Eure Bekannten über den bürgerlichen Wahlschwindel auf.

Handwerker! Kleinkaufleute! Wo ist Euer bißchen Kapital? Ihr seid ebenso ausgeplündert wie Arbeiter, Beamte und Angestellte. Auch Euer Kapital ist in die Taschen des Großkapitals gewandert. Wollt Ihr diesem Großkapital auch noch Eure Stimme geben? Das kann nicht sein! Wählt deshalb

Ja!

Republikaner! Wer hat ehrlich für Republik und republikanische Gleichberechtigung gekämpft? Die Sozialdemokratie! Helft ihr in diesem Kampfe!

Wählt Ja!

An alle! Jeder Deutsche soll gleich sein! Jeder Deutsche soll Arbeit haben! Jeder Deutsche soll Brot haben für sich und seine Familie. Die Profitsucht und die rücksichtslose Herrschaft des Großkapitals muß deshalb auf der ganzen Linie gebrochen werden. Die Sozialdemokratie steht in rücksichtslosem Kampf gegen dieses Großkapital! Wer in diesem Kampf beiseite steht, der ist ein Verräter an den Rechten des Volkes, ein Verräter an der Freiheit, ein Verräter an sich selbst.

Jeder Deutsche muß mit der Sozialdemokratie gegen das internationale Finanzkapital kämpfen. Jeder Deutsche muß gegen die Vasgeier und Ausplünderer unserer Wirtschaft kämpfen. Jeder Deutsche muß mit uns für den Wiederaufbau einer glücklichen und innerlich und äußerlich gestärkten Deutschland kämpfen.

Jeder Deutsche wählt aus all diesen Gründen mit Ja!

Vor einer Arbeiterregierung in England.

SPD. London, 4. Januar. (Eig. Drahtbr.)

Der „Star" will von autorisierter Seite erfahren haben, daß Asquith nichts unternehmen werde, um die Regierung Baldwin zu retten. Angesichts dieser Erklärung scheint man in den konservativen Kreisen die letzte Hoffnung auf ein Kompromiß mit den Liberalen vollständig aufgegeben zu haben und es wird nicht mehr daran gezweifelt, daß die Berufung Macdonalds der Parlamentseröffnung fast unmittelbar folgen werde.

Das neue englische Parlament hält am Dienstag eine vorbereitende Sitzung ab, die jedoch lediglich der Wahl des Sprechers und anderen Formalitäten gilt. Die eigentliche Eröffnung der Session erfolgt acht Tage später durch den König. Die Debatte über die Antwortadresse auf die Thronrede wird der Arbeiterpartei voraussichtlich die Gelegenheit geben, das Kabinett Baldwin in die Minderheit zu setzen und es so zum Rücktritt zu zwingen. Macdonald soll seine Ministerliste bereits fertig in der Tasche haben, sodaß die Bildung der neuen Regierung lediglich eine Frage von Stunden sein wird. In den Kreisen der Arbeiterpartei gibt man sich im vollen Umfange Rechenschaft von der Schwierigkeit der zu übernehmenden Aufgabe und vor allem ist sich Macdonald selbst sehr wohl im Klaren darüber, daß sein Kabinett, besonders in der ersten Zeit, sehr schweren parlamentarischen Gefahren ausgesetzt sein wird.

London, 4. Januar. (Eig. Drahtbr.)

Die „Times" beklagen heute in einem sehr bemerkenswerten Artikel, daß es England seit Jahr und Tag an einer festumrissenen Außenpolitik fehle. Die Folge sei, daß England auf dem Kontinent jeden Einfluß verloren habe. Während Frankreich immer neue Staaten an sich zu ziehen vermöge, gerate England mehr und mehr in die Gefahr der Isolierung. Die Hauptschuld treffe Bonar Law und Baldwin, die es nicht verstanden hätten, dem englischen Standpunkt in der Welt Geltung zu verschaffen. Die englische Politik sei sowohl in Deutschland wie auch in Frankreich mißverstanden worden und das Prestige Englands habe schwere Erschütterungen erfahren. Nur eine bestimmte, weitsichtige und konsequent durchgeführte Politik könne diesen Fehler wieder gut machen und den heute gegen England arbeitenden Einflüssen Einhalt gebieten. Die erste Pflicht der neuen Regierung werde es deshalb sein, an der Herstellung des englischen Ansehens in der Welt zu arbeiten.

Belgien mit Poincares Schroffheit einverstanden!

SPD. Paris, 4. Januar. (Eig. Drahtbr.)

Nach den aus Brüssel vorliegenden Informationen ist man in den Kreisen der belgischen Regierung nichts weniger als einverstanden mit der von Frankreich beabsichtigten schroffen Ablehnung der deutschen Verhandlungsvorschläge. Man scheint in Brüssel zum mindesten auf wirtschaftlichem Gebiete zu einigen Konzessionen bereit, um das wirtschaftliche Leben im besetzten Gebiet wieder in Gang zu bringen. Darüber ist ein Meinungsaustausch zwischen Paris und Brüssel seit Donnerstag im Gange.

Truppenabbau an der Ruhr!

SPD. Paris, 4. Januar. (Eig. Drahtbr.)

Die Umgruppierung der französisch-belgischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet ist gegenwärtig im vollen Gange. Von französischer Seite sind bisher sieben Infanterie-Regimenter von der Ruhr zurückgezogen worden. Die Verlegung des Generalstabes der Besatzungsarmee von Düsseldorf nach Mainz soll bis zum 15. Januar beendet sein. Dagegen wird im Gegensatz zu früheren Angaben bekannt, daß General Degoutte selbst seinen Sitz in Düsseldorf beibehalten wird.

Die Arbeitszeitverordnung

Berlin, 4. Januar.

Der Versailler und die übrigen Friedensverträge enthielten jedenfalls eine vernünftige Bestimmung: die **internationale Festlegung des Achtstundentages**. Diese Bestimmung war der Ausdruck der gesteigerten Machtstellung, die die Arbeiterklasse während des Krieges und beim Friedensschluß erlangt hatte. Aber während Sieger und Besiegte über alle anderen Punkte des Friedensvertrages sehr entgegengesetzter Meinung waren, gegen den Fortschritt in der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung liefen die Unternehmer aller Länder gemeinsam Sturm. Die schwere Wirtschaftskrise, die in den meisten Ländern in der zweiten Hälfte 1920 einsetzte und seither andauert, schwächte überall die Position der Arbeiterklasse. Sie mußte sich besonders auch in England und den Vereinigten Staaten nicht nur einen empfindlichen Lohnabbau, sondern auch eine Verlängerung der Arbeitszeit gefallen lassen. Die großen Abwehrstreiks gingen zumeist verloren. Deutschland blieb infolge der Inflationskonjunktur und einer Reihe anderer Momente wenigstens von Arbeitslosigkeit verschont. Das änderte sich plötzlich seit der Einstellung des passiven Widerstandes. Die Zerschneidung des deutschen Wirtschaftsgebietes, die Abtrennung der Industrie des unbesetzten Gebietes von den Rohstoffquellen mußte in dem Moment eine schwere Krise erzeugen, in dem das Reich die Gewährung der Kredite und die Zahlung von Arbeitslöhnen einstellen mußte. Mit furchtbarer Wucht brach die Arbeitslosigkeit herein, während die Arbeiterschaft durch die rapide Geldentwertung aller Reserven beraubt und die Gewerkschaften in ihrer finanziellen Kraft geschwächt waren.

Diesen Zeitpunkt wählten die Unternehmer für ihre große, ungestüm geführte Offensive. Die Schwerindustriellen eröffneten den Feldzug gegen die sozialistischen Minister und kündeten gleichzeitig an, daß sie ihre Betriebe im besetzten Gebiet ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen nur öffnen würden, wenn die Arbeiterschaft der Vorkriegsarbeitszeit zustimmte. Sie enthüllten dabei in unvergeßlicher Weise ihren Patriotismus. Während sie ihre gesamte wirtschaftliche und politische Macht dazu ausnutzten, um über die durch die plötzliche Krise im Augenblick geschwächte Arbeiterschaft herzufallen, der sie bis dahin als Stützen des Abwehrkampfes unverbrüchliche Treue gelobt hatten, baten sie zugleich beim General Degoutte um Unterstützung der fremden Militärmacht zur Verlängerung des Arbeitstages.

In dem Kampf für den Achtstundentag war die Sozialdemokratie politisch isoliert. Keine bürgerliche Partei setzte dem Drängen der Unternehmer ernsthaften Widerstand entgegen. Festgehalten muß auch werden, daß ein Teil der christlichen Gewerkschaften oder wenigstens ihre Führer, soweit sie unter dem Einfluß Stegerwalds stehen, den Unternehmerstandpunkt unterstützten und den Achtstundentag preisgaben. Die von den Sozialisten gereinigte bürgerliche Regierung bewies aber erst recht den Unternehmern größtes Entgegenkommen. Der Arbeitsminister Brauns, die sozialpolitische Autorität des Zentrums, hatte sich immer mehr zu einem Gegner des Achtstundentages entwickelt. Er wollte ihn nur für besonders schwere oder gesundheitlich schädigende Arbeit als sanitären Maximalarbeitstag gelten lassen, im übrigen aber den Unternehmerwünschen weitgehend Rechnung tragen. So war es denn die erste Tat der rein bürgerlichen Regierung, daß sie die Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit, die am 17. November 1923 abliefen, nicht mehr verlängerte. Die Sozialdemokratie hatte es bei der ersten Krise des Kabinetts Stresemann durchgesetzt, daß eine Aenderung der Arbeitszeit nur auf parlamentarischem Wege, also durch Gesetz, vorgenommen werden sollte. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, diesen parlamentarischen Weg einzuhalten und unterdes die Demobilmachungsverordnung zu verlängern. Sie tat es nicht und schuf damit zunächst einen Zustand, in dem es überhaupt keine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gab. Und das in einer Zeit der Krise, wo die gesetzliche Beschränkung der Ausbeutungsfreiheit von ganz besonderer Bedeutung ist. Die Unternehmer haben auch diese Zeit benutzt, um in zahlreichen Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erzwingen.

Erst am 31. Dezember erschien, datiert vom 21. Dezember, die neue, von uns im Inhalt bereits veröffentlichte Verordnung über die Arbeitszeit. Sie hält bekanntlich am Achtstundentag prinzipiell fest, läßt aber eine ganze Reihe von Ausnahmen zu. Zunächst können die Unternehmer ganz allgemein an 30 Tagen im Jahre die Arbeitszeit durch Tarifverträge gleichfalls bis zu 10 Stunden ausgedehnt werden. Das Bedenklichste ist, daß eine Verlängerung aus betriebstechnischen oder allgemein wirtschaftlichen Gründen auf behördlichem Wege (durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten) zulässig ist, soweit eine tarifliche Regelung nicht vorhanden ist. Nimmt man noch hinzu, daß für Gewerbezweige, bei denen in einem regelmäßigen oder erheblichen Umfange Arbeitsbereitschaft vorliegt, durch den Reichsarbeitsminister ebenfalls verlängerte Arbeitszeit für zulässig erklärt werden kann, so gelangt man zu dem Urteil, daß die Arbeitszeitverordnung die Position der Arbeiterklasse in dem Kampf um den Achtstundentag geschwächt hat, es immerhin aber in erheblichem Maße von der Anwendung des Gesetzes in der Praxis abhängen wird, wie weit der Achtstundentag noch erhalten werden kann.

Das bedeutet für die Arbeiterklasse ein Doppeltes: Zunächst ist die Frage der Arbeitszeitdauer in höherem Maße als vorher **wieder zum Kampfobjekt der Gewerkschaften geworden.** Sie wird

Am Sonnabend, den 5. Januar, beginnt mein diesjähriger großer

Inventur-Ausverkauf!

Bedeutende Preisermäßigungen in allen Abteilungen.

Sport-Kostüme aus Donegalstoffen, Jacke auf Seidenserge, sonst 38.50 jetzt **19.50**
Cheviot-Kostüme reine Wolle, marineblau mit Tressengarn., sonst 29.50 jetzt **26.50**
Flausch-Jacken offen u. geschlossen zu tragen, flotte Form, sonst 38.50 jetzt **19.50**
Sport-Jacken aus guten Stoffen mit breitem Gürtel, ... statt 32.50 jetzt **15.50**
Kleider-Röcke reinw. Stoff mit Falten und Knopfgarnit. früher 15.50 jetzt **5.95**
Strick-Jumper reine Wolle mit Schalkragen . . . . . sonst 12.00 jetzt **6.95**

Volle- u. Frotté-Kleider
in verschiedenen Macharten.
Früher bis **29.50** jetzt **14.80 12.50 9.50 8.50**

Trikot-Untertailles für Damen, ohne Aermel, ... sonst 2.50 jetzt **1.50**
Kinder-Unterröcke in Barchent, für 10 bis 13 Jahren, . statt 3.00 jetzt **1.95**
Kragenschoner in vielen verschiedenen Farben . . . . . sonst 2.75 jetzt **1.50**
Herren-Garnituren Vorhemd mit Manschetten farbig . . sonst 1,50 jetzt **75 ₰**
Herren-Garnituren Vorhemd u. Kragen, farbig . . . . . statt 1.50 jetzt **75 ₰**

Kinder-Garnitur. Jacke, Hose, Mütze
für 2- und 3jährig statt 19.25 jetzt **12.00**
für 4jährig statt 20.25 jetzt **13.00**

Damenstrümpfe schwarz, verstärkte Perse und Spitze. . . . . sonst 65 ₰ jetzt **48 ₰**
Damenstrümpfe farbig, mit verst. Ferse und Spitze. . . . . sonst 95 ₰ jetzt **60 ₰**
Damen-Westen schwarz ohne Aerme! früher 3.50 jetzt **2.50**
Damen-Westen schwarz, weitmaschig gestrickt sonst 2,50 jetzt **1.75**
Krawatten in verschieden. Mustern jetzt Stück **25 ₰**

Pikee weiß, 80 cm breit, warme dicke Qualität sonst 1.80 . . . . . jetzt **88 ₰**
Inlett rot, echtfarbig und federdicht, 140 cm br., sonst 3.70 . . . . . jetzt **2.95**

Popeline m. Seidenstreif. 2.95
verschiedene Farben, 100 cm breit, jetzt Meter

Unterbett-Inlett grau-rot gestreift, federdicht sonst 3.10 . . . . . jetzt **2.95**
Batikatlas geblümt, in guter Qualität, 140 cm breit, sonst 2.45 . . . . . jetzt **1.95**
Schürzenstoff gestreift, waschechte Qualität, 116 cm breit, sonst 1.80 . jetzt **1.45**
Rockstreifen und Schotten, reine Wolle, 105 cm breit, sonst 6.25 . . . . . jetzt **4.95**

Schürzen in Wien. Form 1.95
aus hübschen bunten Stoff . . . statt 2.65 jetzt

Damenhemden mit Träger und Stickerei sonst 3.85 . . . . . jetzt **2.95**
Beinkleid Knieform mit Hohlsaum, sonst 2.65 . . . . . jetzt **2.25**
Frauenhemden mit Languette, starke Qualität sonst 4.00 . . . . . jetzt **3.25**
Nachtjacken weiß Pikee mit Kragen, statt 4.00 . . . . . jetzt **3.25**

Unterröcke mit breiter Stickerei 2.25
in guter Qualität . . . . . statt 3.95 jetzt

Nachthemden Seitenschluß mit Hohlsaum statt 5.30 . . . . . jetzt **4.50**
Untertailles mit reicher Stickerei, sonst 2.50 . . . . . jetzt **1.50**

Burschen-Anzüge a. gesprenk. Stoffen gute Verarb. sonst 29.50 jetzt **16.50**
Burschen-Anzüge dunkle kräft. Qual. mod. Form . statt 36.50 jetzt **26.50**
Herren-Anzüge aus tragfähigen Stoffen, in mittelfarbig, sonst 49.50 jetzt **29.50**
Herren-Anzüge gute solide Qualität, mod. Macharten, sonst 52.50 jetzt **32.50**
Herren-Paletots schwarz mit Samtkragen, 1- u. 2reihig, statt 54.50 jetzt **38.50**
Herren-Schlüpfer prima Qualität, Ersatz für Maß sonst 64.00 jetzt **49.50**

Knaben-Anzüge
Norfolkform, aus kräftigen Stoffen

Gr. 2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
7.95	8.25	8.60	9.00	9.50	9.95	10.85	10.80	11.25	11.80

Normalhemden wollgemischte Qualität . . . . . sonst 3.50 jetzt **2.95**
Normalhemden prima Qualität, Doppelbrust . . . . . sonst 4.25 jetzt **3.75**
Einsatzhemden makofarbig, helle Einsätze . . . . . sonst 4.25 jetzt **3.50**
Unterhosen patentgestrickt, schwere Ware . . . . . sonst 3.50 jetzt **2.95**
Männerhemden hell gestreift, Barchent . . . . . statt 4.50 jetzt **3.95**

Herren-Stiefel in Roßbox u. Spaltleder . . . . . statt 12.50 jetzt **8.50**

Spangenschuhe schwarz, in Rindbox . . . . . sonst 11.25 jetzt **6.95**
Spangenschuhe braun, Einzelpaare . . . . . statt 11.25 jetzt **8.50**
Herrenstiefel Fahlleder, mit Kappe . . . . . sonst 16.75 jetzt **11.50**
Damenstiefel Roßbox, Derbyschnitt . . . . . statt 10.— jetzt **6.95**
Damenstiefel Rindbox, Blattschnitt, gute Qual. . . . . sonst 10.95 jetzt **7.50**

Auf alle reguläre Damen- u. Herren-Konfektion gewähre ich während der Ausverkaufstage **10% Rabatt.**

Hans Struve Lübeck

Rendsburg — Neumünster — Itzehoe.

Aus meiner Preisliste!

Gem. Zucker ℔ 42 ₰, 10 ℔ M 4.—
Haferflocken . . . . . ℔ 24 ₰
grüne Seife (Kristall) . . . ℔ 54 ₰
Kernseife (Doppelriegel, 100 gr.) **27 ₰**, 4 Riegel M 1.—
ff. Margarine . . . . . ℔ 58 ₰
Kunsthonig . . . . . ℔ 58 ₰

J. H. Drews
Karlstraße 27a (Ecke Meierstraße).

Kohlen
Koks
Briketts
Grude
Braunkohlen
Holz
empfiehlt frei Haus und ab Lager
Hans Lübcke
Wickedestr. 33-35.
Telephon 2878.

Zentral-Theater

Nur noch bis Dienstag:

Maciste und die chinesische Truhe.
Ein Abenteuer unseres starken Freundes in 6 Riesenakten.

Lachendes Weinen
Eine Episode aus dem Malerleben in 5 Akten. — Hauptdarsteller: Carl de Vogt u. Cläre Lotto.

Der Pechvogel,
Lustspiel in 1 Akt. (10167

Unser diesjähriger großer
Saison-Ausverkauf
beginnt am Sonnabend, den 5. Januar.
10% Rabatt
nur während des Ausverkaufs auf alle nicht zurückgelegten Waren
Fenderpreise netto.
Herren- und Knaben-Garderoben, eleg. Damenmäntel, Kleiderstoffe, Bettinlett, Bettjacken, Kostüme, Kattune, starke und elegante Schuhwaren, Schaftstiefel, Pantoffel usw. (10158
Beachten Sie unsere wirklich billigen Schaufenstertische.
Kaufen Sie jetzt. Nutzen Sie die günstige Gelegenheit aus.
Reste-Abschnitte usw. warm billig.
3 große Schaufenster.
Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen

(10182) Oeffentliche
Wähler-Versammlungen.
Sonnabend, d. 5. Januar
abends 6½ Uhr
in **Klücknitz**, Lokal des Herrn Dieckelmann.
Redner: Aug. Haut, M. d. B.
in **Siems**, Lokal des Herrn Schwartz,
abends 7½ Uhr.
Redner: G. Reisberger, M. d. B.
in **Schönböcken**, Gasthof z. Landhaus.
Redner: R. Göhr, M. d. B.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Der Volksentscheid.
Der Wahlausschuß der sozialdem. Partei.

Quartett Italia v. 1903. (10178
Versammlung
am Sonnabend, d. 5., abends 8½ Uhr, bei Paul Richter.
Fledermaus 8 Uhr.

S.-V. Victoria v. 08. (10165
General-Versammlung
statt Freitag, 4. Januar, am Freitag, 11. Januar, 8 Uhr, im Restaurant Westendorf. Vorstandssitzung am Montag, dem 7. Jan., 8 Uhr, Geschäftsstelle

---

Zentral-Verband der Maschinisten u. Heizer. (10191
Geschäftsstelle Lübeck.
Unsere Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 5. Januar, findet nicht statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Eisenbahner-Verband.
Ortsgruppe Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Montag, d. 7. Jan. abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Die allgemeine Lage. Ref.: Fr. Scheffel, Berlin.
2. Freie Aussprache.
3. Verbandsangelegenheit. (10168
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der fidele Bauer.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Kinder-Vorstellung
zu ganz kleinen Preisen.
Das beliebte Märchen
„Hänsel u. Gretel".
(10184)

Stadttheater Lübeck.
Sonnabend, 8 Uhr: Das gewandelte Teufelchen.
7,30 Uhr: Volksbühne Die Fledermaus.
Sonntag, 3 Uhr: Niederdeutsche Bühne Hamburg: Schanze Hagenah.
7 Uhr: Tannhäuser.
Hebung der Abonnementsgelder für die Niederd. Bühne u. Sinfoniekonzerte Freitag u. Sonnabend von 3 bis 6 Uhr an der Theaterkasse. (10174

Nur im Biophon:
Sensationsfilmspiel in 5 Akten.
1) **Der lebende Tote**
nach dem Roman von Gaston Leroux.
In der Hauptrolle: Kamilla Hollay.
Amerikanischer Sittenfilm in 6 Akten.
2) **In den Schneewüsten von Alaska.**
Spannend, tief ergreifend.
Die Hauptdarstellerin: Kay Laurell.
3) **Eine Einlage.** (10166

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Sonntags-Konzerte. 10169

Gas cbm 21 Goldpfg., Lichtstrom kkw 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (10176

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 30. Dez. bis 5. Jan. 55 Goldpfg. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 4. Sonnabend, 5. Januar 1924. 31. Jahrgang.

Arbeiter! Arbeiterfrauen!

Der Tag der Abrechnung ist da!

Rechnet ab.

Rechnet ab mit jenen gewissenlosen Ausbeutern des Volkes, die schuld haben an Eurer Not und an Eurem Elend.

Rechnet ab mit jenen, die auf den Hungergräbern deutscher Säuglinge die Berge ihres Profits aufgebaut haben.

Habt Ihr noch ein ordentliches Stück Wäsche im Haus? Habt Ihr noch menschenwürdige Kleider für Euch und Eure Kinder?

Alles haben sie Euch weggestohlen. Ausgeplündert haben sie Euch in ihrer schamlosen Profitwut bis aufs Blut. Und wenn Ihr mehr Geld, mehr Lohn haben wolltet, dann hatten sie für Euch nur Hohn und Spott.

Aber für einen riesenhaften Wahlkampf, da haben sie Geld. Riesensummen stellten sie bereit, um den Sieg zu feiern, der ihnen die Alleinherrschaft über das lübeckische Volk wiedergeben soll.

Arbeiter! Vergeßt nicht! Schenkt den hochmütigen Herrn vom Kapital nichts! Denkt an den Achtstundentag! Denkt daran, wie sie Euch auf die Straße werfen, wenn es ihnen gefällt. Denkt an die Löhne, die sie Euch bisher bezahlt haben und die sie Euch heute bezahlen. Und — sie wollen Euch noch weniger geben. Jede Eurer Stimmen sei für diese Feinde des arbeitenden Volkes ein Denkzettel. Er laute:

Ja!

Arbeiter, Beamte, Angestellte! Weshalb ist Deutschland verarmt? Weshalb ist kein Geld da, um Euch menschenwürdig zu bezahlen? Weil dieselben Herren, die heute um Eure Stimme buhlen, dem deutschen Volke den ganzen Reichtum aus den Knochen gesogen haben, und weil sie ihn ins Ausland verschoben haben. Diese Herren haben sich gesichert. Sie haben ihr Schäfchen im Trocknen. Möge das Volk zehnmal verkommen und verhungern. Klopft ihnen auf die Finger! Wählt

Ja!

Klein- und Sozialrentner! Wo sind Eure Spargroschen? Gestohlen hat man sie Euch, richtig gestohlen. Sie sind heute in der Tasche des Großkapitals, der Banken und der Agrarier. Euch aber bietet man dafür einige traurige Almosen an!

Protestiert gegen die Schamlosigkeit! Das Großkapital soll seine Gewinne wieder herausgeben. Damit jeder Deutsche sich sattessen kann! Jetzt buhlt das Kapital um Eure Stimme, dasselbe Kapital, das Euch den Strick des Hungers um den Hals gelegt hat. Was soll Euch der Vortrag des Bürgermeisters nützen? Ihr müßt selbst für Eure Interessen kämpfen! Ihr müßt selbst mit Euren Peinigern abrechnen.

Wählt deshalb Ja!

Frauen! Die bürgerliche Wahlpropaganda ist am Ende ihrer Wissenschaft. Jetzt gräbt sie, um Euch zu ängstigen, die ältesten Mätzchen aus: „Die Sozialdemokraten wollen Religion und Ehe zertrümmern!" Schwindel! Trauriger, uralter Wahlschwindel!

Die Sozialdemokratie bekämpft allerdings die Heuchelei, die Heuchelei der schönen Worte, die den Mitmenschen mitleidslos verhungern läßt. Und die Sozialdemokratie war es gerade, die seit Jahrzehnten für die Freiheit und Gleichberechtigung der Frau eingetreten ist.

Frauen! Klärt Eure Bekannten über den bürgerlichen Wahlschwindel auf.

Handwerker! Kleinkaufleute! Wo ist Euer bißchen Kapital? Ihr seid ebenso ausgeplündert wie Arbeiter, Beamte und Angestellte. Auch Euer Kapital ist in die Taschen des Großkapitals gewandert. Wollt Ihr diesem Großkapital auch noch Eure Stimme geben? Das kann nicht sein! Wählt deshalb

Ja!

Republikaner! Wer hat ehrlich für Republik und republikanische Gleichberechtigung gekämpft? Die Sozialdemokratie! Helft ihr in diesem Kampfe!

Wählt Ja!

An alle! Jeder Deutsche soll gleich sein! Jeder Deutsche soll Arbeit haben! Jeder Deutsche soll Brot haben für sich und seine Familie. Die Profitsucht und die rücksichtslose Herrschaft des Großkapitals muß deshalb auf der ganzen Linie gebrochen werden. Die Sozialdemokratie steht in rücksichtslosem Kampf gegen dieses Großkapital! Wer in diesem Kampf beiseite steht, der ist ein Verräter an den Rechten des Volkes, ein Verräter an der Freiheit, ein Verräter an sich selbst.

Jeder Deutsche muß mit der Sozialdemokratie gegen das internationale Finanzkapital kämpfen. Jeder Deutsche muß gegen die Aasgeier und Ausplünderer unserer Wirtschaft kämpfen. Jeder Deutsche muß mit uns für den Wiederaufbau eines glücklichen und innerlich und äußerlich gestärkten Deutschland kämpfen.

Jeder Deutsche wählt aus all diesen Gründen mit Ja!

Die Arbeitszeitverordnung

Berlin, 4. Januar.

Der Versailler und die übrigen Friedensverträge enthielten jedenfalls eine vernünftige Bestimmung: die **internationale Festlegung des Achtstundentages**. Diese Bestimmung war der Ausdruck der gesteigerten Machtstellung, die die Arbeiterklasse während des Krieges und beim Friedensschluß erlangt hatte. Aber während Sieger und Besiegte über alle anderen Punkte des Friedensvertrages sehr entgegengesetzter Meinung waren, gegen den Fortschritt in der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung liefen die Unternehmer aller Länder gemeinsam Sturm. Die schwere Wirtschaftskrise, die in den meisten Ländern in der zweiten Hälfte 1920 einsetzte und seither andauert, schwächte überall die Position der Arbeiterklasse. Sie mußte sich besonders auch in England und den Vereinigten Staaten nicht nur einen empfindlichen Lohnabbau, sondern auch eine Verlängerung der Arbeitszeit gefallen lassen. Die großen Abwehrstreiks gingen zumeist verloren. Deutschland blieb infolge der Inflationskonjunktur und einer Reihe anderer Momente wenigstens von Arbeitslosigkeit verschont. Das änderte sich plötzlich seit der Einstellung des passiven Widerstandes. Die Zerschneidung des deutschen Wirtschaftsgebietes, die Abtrennung der Industrie des unbesetzten Gebietes von den Rohstoffquellen mußte in dem Moment eine schwere Krise erzeugen, in dem das Reich die Gewährung der Kredite und die Zahlung von Arbeitslöhnen einstellen mußte. Mit furchtbarer Wucht brach die Arbeitslosigkeit herein, während die Arbeiterschaft durch die rapide Geldentwertung aller Reserven beraubt und die Gewerkschaften in ihrer finanziellen Kraft geschwächt waren.

Diesen Zeitpunkt wählten die Unternehmer für ihre große, ungestüm geführte Offensive. Die Schwerindustriellen eröffneten den Feldzug gegen die sozialistischen Minister und kündeten gleichzeitig an, daß sie ihre Betriebe im besetzten Gebiet ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen nur öffnen würden, wenn die Arbeiterschaft der Vorkriegsarbeitszeit zustimmte. Sie enthüllten dabei in unvergeßlicher Weise ihren Patriotismus. Während sie ihre gesamte wirtschaftliche und politische Macht dazu ausnutzten, um über die durch die plötzliche Krise im Augenblick geschwächte Arbeiterschaft herzufallen, der sie bis dahin als Stützen des Abwehrkampfes unverbrüchliche Treue gelobt hatten, baten sie zugleich beim General Degoutte um Unterstützung der fremden Militärmacht zur Verlängerung des Arbeitstages.

In dem Kampf für den Achtstundentag war die Sozialdemokratie politisch isoliert. Keine bürgerliche Partei setzte dem Drängen der Unternehmer ernsthaften Widerstand entgegen. Festgehalten muß auch werden, daß ein Teil der christlichen Gewerkschaften oder wenigstens ihre Führer, soweit sie unter dem Einfluß Stegerwalds stehen, den Unternehmerstandpunkt unterstützten und den Achtstundentag preisgaben. Die von den Sozialisten gereinigte bürgerliche Regierung bewies aber erst recht den Unternehmern größtes Entgegenkommen. Der Arbeitsminister Brauns, die sozialpolitische Autorität des Zentrums, hatte sich immer mehr zu einem Gegner des Achtstundentages entwickelt. Er wollte ihn nur für besonders schwere oder gesundheitlich schädigende Arbeit als sanitären Maximalarbeitstag gelten lassen, im übrigen aber den Unternehmerwünschen weitgehend Rechnung tragen. So war es denn die erste Tat der rein bürgerlichen Regierung, daß sie die Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit, die am 17. November 1923 abliefen, nicht mehr verlängerte. Die Sozialdemokratie hatte es bei der ersten Krise des Kabinetts Stresemann durchgesetzt, daß eine Aenderung der Arbeitszeit nur auf parlamentarischem Wege, also durch Gesetz, vorgenommen werden sollte. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, diesen parlamentarischen Weg einzuhalten und unterdes die Demobilmachungsverordnung zu verlängern. Sie tat es nicht und schuf damit zunächst einen Zustand, in dem es überhaupt keine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gab. Und das in einer Zeit der Krise, wo die gesetzliche Beschränkung der Ausbeutungsfreiheit von ganz besonderer Bedeutung ist. Die Unternehmer haben auch diese Zeit benutzt, um in zahlreichen Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erzwingen.

Erst am 31. Dezember erschien, datiert vom 21. Dezember, die neue, von uns im Inhalt bereits veröffentlichte Verordnung über die Arbeitszeit. Sie hält bekanntlich am Achtstundentag prinzipiell fest, läßt aber eine ganze Reihe von Ausnahmen zu. Zunächst können die Unternehmer ganz allgemein an 30 Tagen im Jahre die Arbeitszeit durch Tarifverträge gleichfalls bis zu 10 Stunden ausgedehnt werden. Das Bedenklichste ist, daß eine Verlängerung aus betriebstechnischen oder allgemein wirtschaftlichen Gründen auf behördlichem Wege (durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten) zulässig ist, soweit eine tarifliche Regelung nicht vorhanden ist. Nimmt man noch hinzu, daß für Gewerbezweige, bei denen in einem regelmäßigen oder erheblichen Umfange Arbeitsbereitschaft vorliegt, durch den Reichsarbeitsminister ebenfalls verlängerte Arbeitszeit für zulässig erklärt werden kann, so gelangt man zu dem Urteil, daß die Arbeitszeitverordnung die Position der Arbeiterklasse in dem Kampf um den Achtstundentag geschwächt hat, es immerhin aber in erheblichem Maße von der Anwendung des Gesetzes in der Praxis abhängen wird, wie weit der Achtstundentag noch erhalten werden kann.

Das bedeutet für die Arbeiterklasse ein Doppeltes: Zunächst ist die Frage der Arbeitszeitdauer in höherem Maße als vorher **wieder zum Kampfobjekt der Gewerkschaften geworden.** Sie wird

Vor einer Arbeiterregierung in England.

SPD. London, 4. Januar. (Eig. Drahtbr.)

Der „Star" will von autorisierter Seite erfahren haben, daß Asquith nichts unternehmen werde, um die Regierung Baldwin zu retten. Angesichts dieser Erklärung scheint man in den konservativen Kreisen die letzte Hoffnung auf ein Kompromiß mit den Liberalen vollständig aufgegeben zu haben und es wird nicht mehr daran gezweifelt, daß die Berufung Macdonalds der Parlamentseröffnung fast unmittelbar folgen werde.

Das neue englische Parlament hält am Dienstag eine vorbereitende Sitzung ab, die jedoch lediglich der Wahl des Sprechers und anderen Formalitäten gilt. Die eigentliche Eröffnung der Session erfolgt acht Tage später durch den König. Die Debatte über die Antwortadresse auf die Thronrede wird der Arbeiterpartei voraussichtlich die Gelegenheit geben, das Kabinett Baldwin in die Minderheit zu setzen und es so zum Rücktritt zu zwingen. Macdonald soll seine Ministerliste bereits fertig in der Tasche haben, sodaß die Bildung der neuen Regierung lediglich eine Frage von Stunden sein wird. In den Kreisen der Arbeiterpartei gibt man sich im vollen Umfange Rechenschaft von der Schwierigkeit der zu übernehmenden Aufgabe und vor allem ist sich Macdonald selbst sehr wohl im Klaren darüber, daß sein Kabinett, besonders in der ersten Zeit, sehr schweren parlamentarischen Gefahren ausgesetzt sein wird.

London, 4. Januar. (Eig. Drahtbr.)

Die „Times" beklagen heute in einem sehr bemerkenswerten Artikel, daß es England seit Jahr und Tag an einer festumrissenen Außenpolitik fehle. Die Folge sei, daß England auf dem Kontinent jeden Einfluß verloren habe. Während Frankreich immer neue Staaten an sich zu ziehen vermöge, gerate England mehr und mehr in die Gefahr der Isolierung. Die Hauptschuld treffe Bonar Law und Baldwin, die es nicht verstanden hätten, dem englischen Standpunkt in der Welt Geltung zu verschaffen. Die englische Politik sei sowohl in Deutschland wie auch in Frankreich mißverstanden worden und das Prestige Englands habe schwere Erschütterungen erfahren. Nur eine bestimmte, weitsichtige und konsequent durchgeführte Politik könne diesen Fehler wieder gut machen und den heute gegen England arbeitenden Einflüssen Einhalt gebieten. Die erste Pflicht der neuen Regierung werde es deshalb sein, an der Herstellung des englischen Ansehens in der Welt zu arbeiten.

Belgien mit Poincares Schroffheit einverstanden!

SPD. Paris, 4. Januar. (Eig. Drahtber.)

Nach den aus Brüssel vorliegenden Informationen ist man in den Kreisen der belgischen Regierung nichts weniger als einverstanden mit der von Frankreich beabsichtigten schroffen Ablehnung der deutschen Verhandlungsvorschläge. Man scheint in Brüssel zum mindesten auf wirtschaftlichem Gebiete zu einigen Konzessionen bereit, um das wirtschaftliche Leben im besetzten Gebiet wieder in Gang zu bringen. Darüber ist ein Meinungsaustausch zwischen Paris und Brüssel seit Donnerstag im Gange.

Truppenabbau an der Ruhr!

SPD. Paris, 4. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die Umgruppierung der französisch-belgischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet ist gegenwärtig im vollen Gange. Von französischer Seite sind bisher sieben Infanterie-Regimenter von der Ruhr zurückgezogen worden. Die Verlegung des Generalstabes der Besatzungsarmee von Düsseldorf nach Mainz soll bis zum 15. Januar beendet sein. Dagegen wird im Gegensatz zu früheren Angaben bekannt, daß General Degoutte selbst seinen Sitz in Düsseldorf beibehalten wird.

der wichtigste Streitgegenstand beim Abbau aller Tarifverträge bilden. Es kommt alles darauf an, wie stark die Macht der Gewerkschaften, die Disziplin und Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder ist. Manche jungen Gewerkschaftsmitglieder und erst recht manche indifferent gewordenen Arbeiterschichten haben, gesichert durch die bisherige Gesetzgebung, die Bedeutung gewerkschaftlicher Organisation und umsichtiger Führung der Arbeitskämpfe verkannt. Jetzt muß sich jeder Arbeiter sagen, daß nur Stärkung der Gewerkschaften und straffe Disziplin der Mitglieder dem Unternehmertum gewachsen sein wird. Zum zweiten aber hängt die Anwendung des Gesetzes von den Gewerbebehörden, d. h. den Landesregierungen und dem Reichsarbeitsminister ab. Je stärker also der politische Einfluß der Sozialdemokratie in den Parlamenten der Einzelstaaten und des Reiches sein wird, desto geringer können die Ausnahmen vom Achtstundentag sein. Der **Ausfall der Reichstagswahlen** entscheidet also in großem Umfange über das Schicksal des Achtstundentages in der nächsten Zeit.

So gefährlich und schädlich die Ausnahmebestimmungen, die die neue Arbeitszeitverordnung schafft, auch sind, dem Unternehmertum genügt das alles nicht. Es will die Beseitigung jeder gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit. In einem Artikel des Berliner Stinnesorgan „Der unsterbliche Achtstundentag" wird in ödestem Manchestertum jede Einmischung des Staates verworfen von demselben Unternehmertum, das diese Einmischung für Aufrechterhaltung ihrer Schutzzölle, für Niederhaltung „ihrer" Arbeiterschaft nicht dringend genug fordern kann. Ebenso heftig wendet sich das Stinnesblatt aber auch gegen die „Einmischung" der Gewerkschaften gegen die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer wollen wieder wie im Kriege Herren im eigenen Hause sein, und mit ihren Arbeitern im Betriebe die Löhne und Arbeitsdauer festsetzen; sie wollen, mit einem Wort, ihre Wirtschaftsdiktatur wieder haben. Deshalb genügt ihnen der Rückzug der Regierung noch immer nicht und daher die Ankündigung, daß der Kampf gegen den Achtstundentag von den Stinnes und seinen Mitexpropriateuren des deutschen Volkes mit aller Macht fortgesetzt werden wird.

Auch dieser Kampf wird sowohl wirtschaftlich als politisch entschieden werden und die Arbeiterschaft hat alle Ursache, dem Unternehmertum für seine Offenheit dankbar zu sein. Denn nichts kann die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie mehr erleichtern als das offene Bekenntnis des Unternehmertums zur wirtschaftlichen und politischen Diktatur. Auch darauf werden die Wahlen und die Organisationsarbeit der Gewerkschaften die Antwort zu erteilen haben. Und in bezug auf die Arbeitszeit darf die Antwort nur lauten: Der unsterbliche Achtstundentag!

Eine Fälschung!

Flugblätter werden ausgetragen mit der Unterschrift „Ein alter Sozialist". Wie traurig muß es um die bürgerliche Wahlhoffnung stehen, wenn sie schon mit solch plumpen Fälschungen arbeiten müssen.

Ein Ausspruch des Bürgermeisters Neumann, als er noch nicht „Republikaner" war: **Für mich beginnt der Mensch erst beim Oberleutnant.** (Was darunter ist, ist Stimmvieh!)

Verfall des französischen Franken!

Der Dollar mußte am Freitag in Paris mit 20,53 Francs (am Donnerstag 20,52 Francs) gegen rund 13,50 Francs im Anfang des Jahres 1923 bezahlt werden. Das ist der tiefste Stand, den der Francs überhaupt jemals erreicht hat. Der Entwertungsprozeß der franz. Währung setzte sich im Laufe des Jahres 1923 ununterbrochen fort, ohne daß die häufigen Stützungsaktionen der französischen Regierung, die u. a. im Februar, Mitte Oktober und Ende November unter Aufbietung großer Mittel erfolgte, dem Verfall Einhalt tun konnten. Ein klares Bild über die Entwicklung des französischen Wechselkurses ergeben die Notierungen der Neuyorker Börse. Es wurden bezahlt für je 100 Francs im Januar 7,42 bezw. 5,71, im Februar 6,45 bezw. 6,11, im März 6,04 bezw. 6,65, im April 6,56 bezw. 6,73, im Mai 6,69 bezw. 6,68, im Juni 6,50 bezw. 6,05, im Juli 5,87 bezw. 5,52, im August 5,73 bezw. 5,58, im September 5,87 bezw. 5,95, im Oktober 5,98 bezw. 5,88, im November 5,87 bezw. 5,36, im Anfang Dezember 5,41, am 26. Dezember 5,60, am 29. Dezember 5,13, am 31. Dezember 5,09, am 2. Januar 1924 4,97 und am 3. Januar 4,90 Dollars. Der Rückgang des Francs beträgt also von Anfang Januar 1923 bis Anfang Januar 1924 rund 34 Prozent. In Frankreich hat die Verwässerung der Währung zu den bekannten Inflationserscheinungen, Preiserhöhungen, Lohnbewegungen, spekulativem Untergraben der Währung usw. geführt.

Ueber die Gründe des Francssturzes ist viel geschrieben worden. Richtig ist zweifellos, daß der Verfall des französischen Geldes das Ergebnis mehrerer Faktoren ist und zuguterletzt im Kriege und in der Nachkriegspolitik wurzelt. Verkehrt ist es aber, für den plötzlich eingetretenen und so schnell fortschreitenden Sturz der letzten Tage ausschließlich politische Gründe verantwortlich zu machen, wie das in Deutschland oft geschieht. Unserer Ansicht nach spielen dabei Momente der Politik keine ausschlaggebende Rolle. Da aber auch Frankreichs Industrie voll beschäftigt und die Handelsbilanz in guter Ordnung ist, kommt u. E. als ausschlaggebender Grund für die Entwicklung des französischen Wechselkurs nur die staatliche Finanz- und Kreditwirtschaft in Frage, für deren Riesenausgaben nicht mehr das nötige Steuereinkommen vorhanden ist. Im übrigen hat Frankreich auch von dem Verlegenheitsmittel, Notgeld herauszugeben, allzu reichlich Gebrauch gemacht. Wir erinnern nur an die Emission des in Westfalen gebräuchlichen Regiegeldes. Dadurch hat sich der Zahlungsmittelumfang vergrößert, das unbedingt zur Inflation führen muß. Augenblicklich ist die Entwicklung für die französische Währung äußerst kritisch, da der Francs-Rückgang, der in wenigen Tagen bedeutliche Fortschritte machte und die notwendig werdenden Mehrausgaben des Staates für sachliche Anschaffungen und für Beleidung das Steuereinkommen reduzieren, wodurch neue inflationistische Wirkungen hervorgerufen werden.

*

Paris, 4. Januar. (Eig. Drahtber.)

Ein Teil der Presse versucht das andauernde Fallen des Franken, der auch am Freitag wieder mehrere Punkte eingebüßt hat, auf Manöver der internationalen Bankwelt, vor allem auch der deutschen Finanz, zurückzuführen. Diesem Gerede tritt heute das Blatt der französischen Schwerindustrie, die „Journée industrielle", mit großer Entschiedenheit entgegen, indem es nachweist, daß die Spekulation gegen den Franken unmöglich so große Erfolge hätte haben können, wenn die wirklichen Ursachen und Wahrheiten nicht tiefer lägen. Die französische Währung falle, weil die Banken der ganzen Welt sich ihrer Frankenguthaben entäußerten. Das habe seine Ursache in dem erschütterten Vertrauen in die Solidarität der Finanzgebahrung der französischen Regierung. Die schwere Krise sei unvermeidlich, wenn nicht Regierung und Parlament den Mut besäßen, die unnützen Budgetausgaben, unter deren Gewicht Frankreich zusammenzubrechen drohe, zu streiten und neue Steuern in beträchtlicher Höhe zu bewilligen.

Das Finanzministerium hat für die nächste Woche die bekanntesten französischen Finanzmänner zu einer Konferenz zusammenberufen, die sich mit der Frage der Stabilisierung der Währung befassen soll.

Genossinnen! Genossen!

Die bürgerliche Wahlpropaganda arbeitet fieberhaft. Jedes Mittel ist ihr recht. Von Haus zu Haus wandern bezahlte Schwindler. Verleumdung und Lügen sollen die Köpfe politisch Gleichgültiger verwirren.

Setzt mit der Gegenagitation ein. Agitiert von Haus zu Haus. Klärt auf! Rüttelt auf! Tut Eure sozialdemokratische Pflicht.

Genossen! Wählt morgen spätestens bis nachmittags zwei Uhr. Damit der Kontrolldienst leichtere Arbeit hat.

Genossen! Es ist die letzte Stunde. Schon hat das Bürgertum wieder Soupers oder Sekt kaltstellen lassen. Riesige Feiern sollen veranstaltet werden, wenn der Schlag gegen die Arbeiterschaft gelingt. Man hat diesmal alles auf eine Karte gesetzt.

Setzt all diesem doppelten Eifer, doppelte Entschlossenheit gegenüber.

Rüttelt besonders die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in letzter Stunde noch einmal auf.

Wir ziehen in den Wahlkampf mit dem entschlossenen Kampfruf:

Stets hat das Proletariat gesiegt, wenn es sein ganzes Wissen, seine ganze Kraft eingesetzt hat.

Wir werden deshalb auch diesmal siegen; denn wir **müssen** siegen.

Senatsneuwahlen in Frankreich.

SPD. Paris, 4. Januar. (Eig. Drahtber.)

Das französische Parlament tritt am Dienstag zu seiner letzten Session vor den Neuwahlen zusammen. Vorher, am Sonntag, finden Neuwahlen zum Senat statt, durch die verfassungsgemäß ein Drittel der Ersten Kammer erneuert wird. Die politische Bedeutung dieser Wahlen ist nicht allzu groß, da die Senatoren nicht auf Grund des allgemeinen und gleichen Stimmrechts gewählt, sondern von den repräsentativen Körperschaften der Departements ins Parlament geschickt werden. Da diese selbst aus Wahlen hervorgegangen sind, die bereits ein Jahr zurückliegen, erwartet man keine großen Verschiebungen in der Zusammensetzung des Senats. Für die Neuwahlen zur Kammer ist ein Termin noch nicht festgesetzt. Die gegenwärtige Legislaturperiode geht mit dem 31. Mai zu Ende und nach der Verfassung müssen die Neuwahlen zwischen dem 60. und 20. Tage vor diesem Termin stattfinden. In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Wähler entweder am letzten Sonntag im April oder am ersten Sonntag im Mai befragt werden.

Aufgabenkreis der Arbeitsgerichte.

Durch Artikel II der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 sind ab 1. Januar 1924 für eine Anzahl Streitigkeiten aus dem Betriebsrätegesetz nicht mehr die Schlichtungsausschüsse, sondern die Arbeitsgerichte, und bis zu deren Errichtung die Gewerbe- bezw. Kaufmannsgerichte zuständig. Darunter fallen neben anderen insbesondere die Einstellungs- und Entlassungsstreitigkeiten, die Streitfälle betr. Amtsenthebung einzelner Mitglieder der Betriebsvertretungen und Auflösung von Betriebsvertretungen, sowie die Streitigkeiten, wie sie § 93 BRG. nennt. Von besonderer Wichtigkeit ist die Uebergangsbestimmung, wonach Verfahren der obengenannten Art, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung (1. Januar 1924) bei den bisherigen Instanzen noch nicht abgeschlossen wurden, innerhalb zwei Wochen bei den neu zuständigen Stellen als neue Verfahren anhängig zu machen sind. Dieser Bestimmung muß von den Gewerkschaftsfunktionären besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, damit noch nicht erledigte Streitigkeiten bis zum 15. Januar als neue Klagen bei den Berg-, Gewerbe- oder Kaufmannsgerichten eingereicht werden und damit in Frage kommende Arbeitnehmer ihre Rechtsansprüche aufrechterhalten.

Vorzensur.

SPD. Unser Stettiner Parteiblatt ist neuerdings auf Anordnung des Wehrkreiskommandos II in Stettin unter Vorzensur gestellt worden. Die Ursache hierzu bildet eine Notiz in der die Behandlung der Stettiner Schutzhaftgefangenen kritisiert worden war. Wie nun die Vorzensur gehandhabt wird, zeigt die Beanstandung einer Notiz, die sich mit den Verhaftungen in Thüringen beschäftigte und dem „Soz. Parlaments-Dienst" entnommen war. Sie sagte u. a., daß die Nachrichten aus Thüringen nicht verfehlen werden, großes Aufsehen zu erregen,

„um so mehr, weil die Energie der Reichsregierung sich so großartig gegen Thüringen entfaltet, während man nichts davon gehört hat, daß dieselbe Reichsregierung gegen Gesetzesverletzungen bayrischer Machthaber vorgegangen wäre. Offenbar ist das Vorgehen des Generals v. Lossow lange nicht von der großen Bedeutung, wie die angebliche Verfehlung des thüringischen Ministers."

Den hier wiedergegebenen Passus hat die Zensurstelle des Wehrkreiskommandos II gestrichen. Die Streichung muß auch die Zustimmung des Inhabers der vollziehenden Gewalt, Generalleutnant v. Tschischwitz gefunden haben, denn in dem Schreiben an die Stettiner Redaktion, das die Mitteilung über die Vorzensur enthält, wird ausdrücklich gesagt: „Ueber die einzelnen etwa notwendig werdenden Aenderungen der Vorlagen hat der Offizier meine Entscheidung einzuholen."

Koalitionsregierung in Sachsen.

Ein Kabinett mit sozialdemokratischer Mehrheit.

Dresden, 4. Jan. (Eig. Drahtb.)

Der Beschluß der Landtagsfraktion, die große Koalition einzugehen, wurde mit 22 gegen 14 Stimmen gefaßt. Vier Mitglieder der Fraktion waren abwesend. Heute vormittag haben zwischen den drei Mittelparteien die Verhandlungen zur Bildung des Koalitionskabinetts begonnen. Die Parteien haben sich bereits dahin geeinigt, in der heutigen Plenarsitzung, die um 1 Uhr begonnen hat, den früheren Finanzminister Genossen Held zum Ministerpräsidenten zu wählen. Der Sozialdemokratie soll ferner das Innere, das Wirtschafts- und Arbeitsministerium überlassen werden. Ueber die Personenfrage wurde noch keine Einigung erzielt. Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit, die sich zu dem Beschlusse bereit fand, macht geltend, daß sie den Landesparteitag nicht habe abwarten können, weil am heutigen Freitag der kommunistische Auflösungsantrag aller Wahrscheinlichkeit nach angenommen worden wäre, wenn es zu keiner Regierungsbildung käme. Die Fraktion habe darum auf eigene Faust handeln müssen, da Beschlüsse des Landesparteitags in dieser Stunde, die über Landtagsauflösung oder große Koalition entscheiden, nicht vorliegen. Der Landesparteitag wird sich am kommenden Sonntag mit der neuen Lage beschäftigen und Stellung zu den Fraktionsbeschlüssen nehmen. Die „Dresdener Volkszeitung" nennt die Lösung bedenklich und glaubt, daß das Kabinett der großen Koalition vom ersten Tage der Entstehung an die Gegnerschaft eines großen Teils der sächsischen Sozialdemokratie finden wird. — Man wird ein großes Gebrüll anstimmen darüber, daß auch unsere sächsischen Genossen jetzt zur Koalitionsregierung kommen. Dabei wird man mit einem kühnen Satz über die Tatsache hinweghopsen, daß die sächsische Sozialdemokratie dasselbe bewilligt hat, was wir in Lübeck erkämpfen: eine Regierung mit sozialdemokratischer Mehrheit.

*

SPD. Dresden, 4. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung sind in der Personenfrage so gut wie beendet. Das neue Kabinett wird sich wie folgt zusammensetzen: Ministerpräsident Held (Soz.), Inneres Müller-Chemnitz (Soz.), Finanzen Dr. Reinhold (Dem.), Arbeit Georg Eisner (Soz.), Kultus Dr. Kayser (DVP.), Justiz Buenger (DVP.), Genosse Fellisch, der für das Wirtschaftsministerium in Aussicht genommen und kein prinzipieller Gegner der großen Koalition ist, hat seine Zusage noch nicht gegeben, da er seinen Eintritt in das Kabinett von den Beschlüssen des Parteitages abhängig machen will. Dr. Reinhold war bereits Finanzminister im Kabinett Buck.

Verhaftung auf Denunziation.

S.P.D. Weimar, 4. Januar. (Eig. Drahtb.)

Der Rechtsvertreter des in Haft genommenen thüringischen Innenministers Hermann hat nicht nur gegen die Art der Verhaftung, sondern auch gegen die Festnahme selbst bei den zuständigen Stellen Beschwerde eingelegt. Allem Anschein nach ist die Militärbehörde an der Verhaftung Hermanns wesentlich beteiligt. Die Denunziationen selbst sind auf die Bezirksleitung des Deutschen Beamtenbundes in Thüringen zurückzuführen. Es ist aber anzunehmen, daß sich die dem Minister Hermann vorgeworfenen Verfehlungen tatsächlich als Denunziationen erweisen und keinen Anlaß zu seiner strafrechtlichen Verfolgung bieten.

Ein bürgerliches Flugblatt nennt den Gen. Leber einen Barhelden!

Ist es nicht besser, ein Barheld zu sein, als ein **Pumpheld?** Wie unsere hohe Regierung?

Wozu die Kapitalisten Geld haben!

Soviele Flugblätter haben die Parteien des Kapitals schon in die Oeffentlichkeit geworfen, daß man damit ganz Lübeck eine Woche heizen könnte.

Soviel Geld haben die Barone vom Geldsack bisher herausgeschmissen, daß sämtlichen Erwerbslosen und Notleidenden ein Weihnachtsgeschenk von mindestens 20 Mark hätte gemacht werden können.

Aber es liegt ihnen ja nichts an der Beseitigung der Not! Nur Stimmenfang ist ihr Geschäft! Damit sie wieder die Knute schwingen können!

Gerade deshalb: Ja!!

Weshalb

hat der Senat die Kapitalisten nicht besteuert?

Weil

er in der Mehrheit selbst kapitalistisch ist. Er muß umgebildet werden.

Wählt „Ja"

Der Kampf um die Steuerhoheit der Länder.

SPD. Bei den Verhandlungen über die dritte Steuernotverordnung, deren Schicksal noch vollkommen ungewiß ist, spielt der Kampf um die sogenannte Wiederherstellung der Steuerhoheit der Länder und Gemeinden eine außerordentliche Rolle. In dem fallengelassenen Entwurf für die Einführung von Friedensgoldmieten war vorgesehen, daß der vom Reich abzugebende prozentuale Anteil den Ländern zur Verfügung gestellt wurde. Das Reich ging dabei von der Voraussetznug aus, daß die Länder sich mit den Gemeinden selbst über ihre gegenteiligen Anteile zu einigen hätten. Es kann nicht genug vor der Illusion gewarnt werden, als ob eine Wiederherstellung der Steuerhoheit für die Gemeinden im alten Vorkriegssinn kurzerhand von irgend einer deutschen Regierung jetzt geschaffen werden könnte. Die Einkommensteuer, auf die sich diese Hoffnung in der Regel bezieht, ist durch die Einführung des Lohnabzuges für diese Versuche zu einem vollkommen untauglichen Objekt geworden. Die Konsum- und Verbrauchssteuern schalten von vornherein aus. Denn es ist ganz undenkbar, daß etwa eine Steuer wie die Umsatzsteuer in den Gemeinden verschieden behandelt werden könnte. Somit bleibt zurzeit eigentlich nur noch die jetzt aufs schwerste umkämpfte neue Mietssteuer übrig, deren endgültige Gestaltung heute noch gar nicht abgesehen werden kann. Auch da wird man sich hüten müssen anzunehmen, daß das Reich in der Lage sei, diese Einnahmequellen Ländern und Gemeinden zur beliebigen Erhöhung zu überlassen. Die sogenannte Grundsteuer, die auch in Preußen jetzt durch Landtagsbeschluß auf Goldgrundlage gestellt ist, steht und fällt mit der Neugestaltung der geplanten Mietssteuer. Damit bleibt für die Gemeinden als Haupteinnahme an sogenannten Besitzsteuern fast nur noch die Gewerbesteuer. Da das Reich vom 1. Januar an auf die Betriebssteuer verzichtet hat, werden die Gemeinden namentlich in Preußen von der Ermächtigung, die Lohnsummensteuer bis zu 3 Prozent zu erheben, unter allen Umständen Gebrauch machen müssen. Auch dann werden alle Gemeinden immer noch mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben; es würde ein verhängnisvoller Irrtum sein, wenn die Gemeinden in der trügerischen Hoffnung, in absehbarer Zeit zu Vorkriegssteuerverhältnissen zurückkehren zu können, auf die äußerste Anspannung und beschleunigte Ueberführung aller Gemeindeabgaben auf Goldgrundlage verzichten wollten.

Volkswirtschaft.

Handel und Gewerbe im Dezember 1923.

Die vom preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe auf Grund von Berichten der preußischen Handelskammern zusammengestellte Uebersicht über die Arbeitsmarktlage weist für den Monat Dezember eine leichte Besserung nach. Vor allem ist ein Rückgang in den Arbeitslosenzahlen des Ruhrgebietes eingetreten. Die Kaufkraft liegt aber immer noch im argen. Die Geschäftstätigkeit im Einzelhandel war äußerst gering und konnte sich erst vor Weihnachten beleben.

Verhältnismäßig günstiger lauten die Berichte aus den Rohstoffindustrien. Die Absatzverhältnisse im oberschlesischen Steinkohlenbergbau und im mitteldeutschen Braunkohlengebiet haben sich gebessert. Auch in Westfalen hat sich der Absatz von Kohle besonders nach der Preisermäßigung wieder belebt. Der Siegerländer Erzbergbau und der im Lahn- und Dillgebiet hoffen, den Versand im Januar nach Westfalen wieder aufnehmen zu können. Die Torfindustrie liegt noch immer still. Die Absatzstockungen in der Kaliindustrie haben angehalten. Verringert hat sich die Anforderung der deutschen Landwirte, angeblich infolge des Steuerdrucks, der die Landwirte im Anfang Dezember zum Verkauf von Getreide und Vieh zwang. (Jedoch ist Ende Dezember besonders im Angebot von Getreide eine auffällige Zurückhaltung bemerkbar. Die Red.) Nach dem Bericht ist die Arbeitszeitverlängerung im Bergbau fast in allen Gebieten allgemein durchgeführt oder festgesetzt worden. In Oberschlesien steigerte sich die Steinkohlenförderung arbeitstäglich auf 33 296 Tonnen gegen 30 000 Tonnen im November.

Die westfälische Eisen- und Eisen verarbeitende Industrie hat die Schwierigkeiten der Micum-Verträge und der Aenderung der Arbeitsbedingungen noch nicht überwunden. In Dortmund wurden am 19. Dezember die ersten Hochöfen angeblasen. Der allgemeinen Arbeitsaufnahme, besonders dem Bezug von Rohstoffen, stehen technische und Geldschwierigkeiten entgegen. Geklagt wird allgemein über die hohen Frachtsätze. Die Regiebahn hat die Frankenfracht um 30 Proz. erhöht. Wenn auch die Lage heute noch völlig unübersichtlich ist, können doch Anzeichen einer Wiederbelebung nicht verkannt werden.

Die oberschlesische Eisenindustrie hat schwer gegen die tschechische Konkurrenz zu leiden. Das Auslandsgeschäft leidet durch Preisunterbietung der Konkurrenz. Im Schiffs-, Lokomotiv- und Eisenbahnwagenbau, in der Maschinenindustrie, der Industrie der Steine und Erden, der Kautschuk- und Holzindustrie hält die schlechte Lage an. Eine gewisse Belebung hat die Elektrizitätsindustrie, der Papiergroßhandel und die Baumwoll- und Leinenspinnerei erfahren. Die Lage in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist uneinheitlich. Während Konserven gut abgesetzt werden können, sind die Absatzmöglichkeiten für Fleischwaren bedeutend zurückgegangen.

Der amtliche Bericht bringt die leichte Besserung der Wirtschaftslage in auffälligem Zusammenhang mit der Arbeitszeitverlängerung. So wird der Eindruck erweckt, als ob die Durchbrechung des Achtstundentages den Umschwung herbeigeführt hat. Daß dafür ganz andere Umstände, z. B. die erfolgte Preissenkung für eine Anzahl von Waren und die Weihnachtszeit, wo immer mehr gekauft wird als gewöhnlich, in Frage kommen, beweist gerade die minimale Erhöhung der Förderungsziffer in Oberschlesien von 30 000 auf 32 296 Tonnen.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		4. Januar.	8. Januar.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 625 925	1 615 950
Buenos Aires	1 Peso	1 386 525	1 356 600
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	189 525	189 525
Kristiania	1 Kr.	613 463	613 463
Kopenhagen	1 Kr.	750 120	746 130
Stockholm	1 Kr.	1 132 168	1 117 200
Helsingfors	1 finn. Mk.	105 735	104 737
Rom	1 Lire	189 525	184 538
London	1 £	18 254 250	18 054 750
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	216 458	216 458
Zürich	1 Frs.	751 118	746 130
Madrid	1 Peseta	541 144	541 144
Portugal	1 Escudo	138 652	138 652
Japan	1 Yen	1 995 000	1 975 050
Rio de Janeiro	1 Milreis	— —	393 015
Wien	1 Kr.	60 847	59 850
Prag	1 Kr.	127 680	124 188
Jugoslawien	1 Dinar	48 878	47 880
Budapest	1 Kr.	220 994	220 944
Bulgarien	1 Lewa	30 922	29 725

Die Preispolitik des Branntweinmonopolamts.

SPD. Als das Reichsbranntweinmonopol errichtet wurde, gewährte das Reich den damals bestehenden Firmen als eine Art Abfindung das Recht, Sprit zu billigeren Preisen vom Monopolamt zu beziehen. Dieser Bevorzugung der alten Firmen wurde bei der letzten Revision des Gesetzes durch einen Antrag der Sozialdemokratie ein Ende gemacht. Die neuen Firmen wurden wieder genau so wie die alten behandelt. Während der Inflationszeit wurden aber bedeutende Spekulationskäufe in Sprit getätigt, sodaß die Monopolverwaltung wieder zur Kontingentierung schreiten mußte: die alten Firmen bekamen eine bestimmte Menge Sprit nach Maßgabe der früher bezogenen Mengen, während die übrigen Firmen Abfindungsmengen erhielten oder ausgeschaltet wurden. Mit der Zeit war aber auch in der Spiritusindustrie eine Umschichtung eingetreten. Alte Firmen, die früher größere Mengen verarbeitet hatten, gebrauchten nicht mehr im entferntesten die ihnen vom Monopolamt zugewiesenen Mengen. Die Folge war ein schwunghafter Handel mit den Kontingenten. Spiritus wurde z. B. zeitweise mit einem Aufschlag von 20 Proz. pro Liter weiterverkauft. Der Verdienst floß in die Tasche der bezugsberechtigten Firmen. Da das Reich kein Interesse daran haben kann, daß eine Reihe von alten Firmen, lediglich weil sie schon vor Einführung des Monopols bestanden haben, mühelos große Summen verdienen, muß der vor der Kontingentierung bestehende Zustand unbedingt wiederhergestellt werden.

Weiter kann das Gesagte dem Monopolamt wichtige Fingerzeige für die Preispolitik geben. Wenn jüngere Firmen, die nicht genügendes Kontingent haben, Sprit mit erheblichem Aufschlag von älteren Firmen kaufen können und dabei noch immer gut verdienen, ist es wohl angebracht, die Preise überhaupt zu erhöhen, damit die Mehreinnahmen dem Reiche zufließen. Zum Schluß noch eine Bemerkung, die vielleicht die eigentümliche Kontingentierungs- und Preispolitik des Monopolamts erklären kann. Die Monopolverwaltung wird betraut und beraten von einem sogenannten Beirat, der in seiner Mehrheit aus Interessenten besteht. Wir sind der Meinung, daß diese Interessenten am wenigsten geeignet sind, das Monopolamt zu beraten. Das Finanzministerium hat sich bereits vorbehalten, in bestimmten Fragen den Beirat auszuschalten. Wir halten das für den richtigen Weg, Fehlgriffe zu vermeiden.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

HB
HERMANN BLUNCK G.M.B.H.
KOHLEN - KOKS - BRIKETTS
LÜBECK
MUHLENSTRASSE 30
FERNSPRECHER: 3570 UND 3576

Barbier Zitterlein.

Novelle von Friedrich Hebbel.

4. Fortsetzung.

Agathe faßte einen Entschluß. Am andern Morgen trat sie zu Leonhard und sagte zu ihm: „Ihr wolltet vor einigen Wochen unser Haus verlassen, und ich bat Euch, zu bleiben; ich bitte Euch nicht mehr!"

Leonhard schwieg lange still, dann erwiderte er: „Agathe, ich begreife und verstehe Euch und werde gehen. Möge Euch die Kraft zuteil werden, die mir fehlen wird!"

„Ich hoffe auf Gott!" antwortete sie.

„Wohlan denn," sagte Leonhard und ergriff ihre Hand, „so sag' ich Euch Lebewohl. Euren Vater kann ich nicht mehr sehen, er ist mir zuwider, wie ein teuflisches Gespenst. Lebe wohl, Agathe!"

Er wollte ihr seine Hand entziehen, aber sie hielt sie fest. Er riß sich los, da warf sie sich ihm laut weinend an die Brust und rief: „Lebe wohl, lebe wohl!"

In diesem Augenblick trat Zitterlein aus seiner Schlafkammer. Er hatte seine Waschkumme in der Hand, wütend warf er sie nieder und ergriff Leonhard. Aber ebenso schnell ließ er ihn wieder los und bat ihn um Verzeihung. Gegen Agathe aber ballte er die Hand: „Du! du!" rief er mit wuterstickter Stimme und faßte sie bei den Haaren. Leonhard, als er dieses sah, packte ihn bei beiden Schultern und warf ihn zur Erde. Zitterlein, mit glühendem Gesicht, ohne einen Versuch zumachen, sich an Leonhard zu rächen, stürzte zur Tür hinaus.

Agathe hatte sich bleich und zusammengesunken an die Wand gelehnt.

„O Gott," rief Leonhard aus, „warum bin ich in dieses Haus gekommen!"

„Ja, warum, Leonhard!" sagte fast tonlos Agathe.

„Leb wohl, Agathe," rief Leonhard dumpf, „ich weiß nicht, wer von uns beiden der Teufel ist, ich oder dein Vater!"

„Leonhard, Leonhard, verlaß mich jetzt nicht!" schrie Agathe laut auf, als jener mit raschen Schritten zur Tür ging, und fiel erschöpft zu Boden.

11.

Zitterlein aber eilte fort, als ob er aus der Hölle entflöhe. Ohne Rast und Ruhe, mit unbedecktem Kopf, schlug er den ersten besten Weg ein der aus seinem Dorf hinausführte, er war keines Gedankens fähig und wanderte ohne Aufenthalt fort. Es war der erste heißere Märztag, die Sonne brannte, und die schwere, dumpfe Atmosphäre verkündete ein Gewitter. Zitterlein gelangte bald in ein seinem Dorfe nahegelegenes Gehölz; er irrte zwecklos und planlos umher, und als die Nacht hereinbrach, zwang ihn wildes Gesträuch, sich unter einen Baum niederzulegen. Donnergeroll ertönte, schlängelnde Blitze schossen durch die Gipfel der Bäume, die unheimlich die Ouvertüre eines aufkommenden Sturms zu brausen begannen. Zitterlein hatte sich zusammengekauert; die Furcht seiner Kindheit gegen die Schauer der Gewitternacht und die Schauer eines Waldes wurde wieder lebendig in seiner Brust, und er brach in die herzzerreißenden Worte aus: „Und ich bin verbannt aus dem Hause, das ich zwanzig Jahre lang bewohnte; ich muß übernachten bei Schlangen und Kröten, während meine Tochter ruhig ihre Bierfuppe ißt und vielleicht gar mit dem Gesellen fluchwürdige Liebesscherze treibt. O Gott, ist es denn wirklich wahr, was ich schon so lange gefühlt habe — du bist nichts als ein wahnsinniges Traumbild, und selbst die Natur ist eine Lügnerin? Baum und Blatt hält sie zusammen, aber Menschen nimmermehr?"

Er verlor sich in diese Gedanken an eine grenzenlose Abgeschiedenheit von allem, was er geliebt, gehofft und geglaubt; seine Seele konnte sie nicht ertragen, und er fiel in einen tiefen, fieberhaften Schlaf. Aber das Bild seiner Tochter zog ihm in marternden Träumen vorüber. Er sah sie lächeln zu seinem unendlichen Schmerz, er sah sie lustwandeln mit Leonhard in einem schönen Garten, während er selbst als verachteter Bettler an der Pforte stand; er sah sie mit ihm, Braut und Bräutigam, zur Kirche wallen, überglücklich und höhnisch auf ihn, der sich in den Kreis der Zuschauer gedrängt hatte, herabsehend; die Orgel, der Chorgesang verstummte, der Prediger trat vor den Altar, er wollte die Einsegnungsworte sprechen. Da sprang er selbst, Zitterlein, mit einem gräßlichen Fluch auf die Braut zu, und zog ein Messer, um sie zu ermorden; doch er hatte das Messer ungeschickt gezogen und das Heft gegen seine Tochter gekehrt, die Klinge aber in der Hand behalten; die Tochter war unbeschädigt geblieben, sich selbst hatte er in den Finger geschnitten. Und Leonhard lachte und seine Tochter lachte, das ernste Gesicht des Predigers verzog sich zur höllischen Fratze, von der Orgel, vom Chor meckerten häßliche Stimmen herüber, seltsam gefärbte Flammen ringelten sich durch die Kirche. Aber Zitterlein ergriff mit der linken Hand das Messer und schrie: „Ich will dich doch töten, doch töten — —"

Da erwachte er. Alles um ihn her war still, nur rauschten über seinem Haupt die Bäume. Der Mond schien hell. Zitterlein bemühte sich, um, ob er nicht den Fußsteig, der zu seinem Dorf zurückführte, auffinden könne, und als er ihn gefunden, verfolgte er ihn eilig. Der Nachtwächter rief eben zu Eins, als er im Dorfe anlangte; vorsichtig, scheu sich in eine Ecke bergend, sobald er Fußtritte vernahm, schlich er die Straßen entlang; bei seinem Hause sprang er über die niedrige Gartenhecke und nahte sich mit leisen Schritten dem Fenster, welches aus dem Schlafalkoven seiner Tochter in den Hof hinausging. Ehe er noch das Fenster erreicht hatte, zog er sein Taschenmesser hervor, dann lauschte er hinein. Eine Lampe stand auf dem Tisch. Agathe saß an demselben. Sie hatte den Kopf gestützt, und ihre verweinten Augen waren auf das nämliche Fenster geheftet, hinter welchem der unglückliche Vater, über dessen Ausbleiben sie sich ängstigte, lauschend stand. Zitterlein wollte klopfen, aber ein Blick in das Auge seiner Tochter lähmte ihm die Hand; er glaubte, daß aus der Tiefe dieses Auges ihm noch ein anderes Auge kalt und drohend entgegenstarre, das Auge seines toten Weibes; eiskalte Schauer durchrieselten ihn. „Auch dies kann ich nicht, auch dies nicht!" rief er aus, „bin ich denn tot?" Und mit gespenstischer Eile verließ er den Garten, stürzte durch die Straßen und rannte fort, wie am Morgen, um nicht wieder zurückzukehren.

12.

Ein volles Jahr später ging in dem Hause des Barbiers Zitterlein zum erstenmal wieder ein Festtag auf. Agathe und Leonhard wandelten Hand in Hand zur Kirche, der Prediger legte ihre Hände zusammen und rief auf diejenigen, die den Segen des verschollenen Vaters entbehrten, den Segen Gottes herab. Agathe stürzten die hellen Tränen aus den Augen, als der würdige Geistliche sie mit ergreifenden Worten ermahnte, sich nun endlich dem heitern Genuß der Gegenwart hinzugeben und nicht mehr unter den Gräbern der Vergangenheit zu nachtwandeln.

Als sie nach Hause kam, fiel sie Leonhard weinend um den Hals. „Ach," rief sie aus, „mir ist, als hätten wir in diesem Augenblick eine schwere Sünde begangen!"

Leonhard führte sie sanft zu einem Stuhl und erwiderte nichts; er stellte sich ans Fenster und sah gedankenlos hinaus. Ihm war, als müßte er sich verfluchen, weil er ihren Schmerz nicht genug geehrt und sie in wilder Begier zu einem Schritt beredet hatte, der sonst wohl menschlich und rein war, diese zarte Natur aber ins Verderben stürzen mußte. Doch Agathe, als sie die Bewegung bemerkte, die in seinem Innern vorging, trat auf ihn zu und sagte: „Mein Leonhard, sei ruhig, wir dürfen nur einen Gedanken haben: Gott!"

13.

„Friede, Friede!
Ach für Müde,
Welch ein süßer Klang!
Wenn ich dich nur nenne,
Mein' ich, ich erkenne
Deinen leisen Gang,
Fühle deinen Odem,
Der mich sanft umspielt,
Und den Schmerz beschwichtigt,
Der mein Herz durchwühlt!
Friede, Friede!
Ach du süßer Klang!"

„Noch einmal, noch einmal!" rief ein armer alter Mann in ganz zerlumptem Rock, dem die Tränen über die Backen flossen.

Aber der Orgelspieler, der dieses Lied an einem stillen Abend auf dem Marktplatz zu F. ableierte, musterte beim Schein der Laternen die Gesichter seiner Zuhörer, und als er bemerkte, daß sein rührender Hymnus diese gelangweilt hatte, kehrte er sich wenig an jenes Dacapo des gerührten Bettlers, sondern begann eine gar grausige Romanze:

„Es war ein Mädchen, wohl stolz und schön,
Doch nimmer zur Liebe geneigt,
Es kam manch blühender Freiersmann,
Doch keiner von allen erlangen kann,
Daß sie sich freundlich bezeigt.

Da klopft es einmal um Mitternacht
An Mägdleins Fensterlein an;
Es war ein Jüngling in dunkler Tracht,
Sie zittert, doch hat sie ihm aufgemacht,
Als wär's ihr eigner Mann.

Er schließt sie stumm in den dünnen Arm,
Er raubt ihr Kuß auf Kuß,
Sie weint, doch kann sie nicht widerstehn,
Sie glaubt, in Ketten und Banden zu gehn,
Er schreitet zum letzten Genuß.

Er legt sie schweigend aufs weiche Bett,
Sie wehrt ihm mit keinem Laut,
Und als er sein frevelhaft Tun vollbracht,
Da ruft er höhnisch: Gut' Nacht, gut' Nacht,
Du bist des Teufels Braut!"

Als der Orgelspieler geendigt hatte, und als das alte Weib, welches neben ihm stand, mit ihrem Teller herumging, drängte der Alte sich durch die Menge; wahnsinnig, mit fast starrem Gesicht griff er nach der Hand des Orgelspielers und rief: „Ich bitte Euch, sagt mir um Gottes willen — ist das wahr? Hat sich das ereignet?"

(Schluß folgt.)

Vom **7.** bis **20.** Januar

Inventur-

Hausverkauf

Gewaltige Preisherabsetzungen in fast allen Abteilungen

Beginn also Montag früh 9 Uhr.

Karstadt

(10225

Preiswerte Möbel
finden Sie im
Möbel- u. Bettenhaus
Heine, Depenau 8

Höchste Preise
für
Hasen Kanin
Reh Ziegen
Schaf Kalb usw.
Felle
und
Pferdehaare
Mähnen,
Kuhschweifhaare
(10213) zahlt
J. L. Würzburg
Wahnstraße 22a.

Moislinger Baum.

(10257) **Direkte Endstation der Linie 9.**

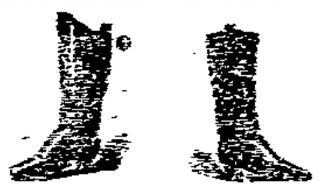
Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr:

Vornehmes Tanzkränzchen

verbunden mit heiteren Künstler-Vorträgen unter Mitwirkung bekannter u. beliebter Hamburger Gesangs-, Tanz- u. Vortrags-Künstler.
Moderne Tänze. **Künstler-Kapelle.**
Leitung: Herr Karl Stuht.
Prima reiner Bohnen-Kaffee sowie Ia. Kuchen.
Spezialität: **M. Pilsener** aus der Aktienbierbrauerei.
Für Familien freier Eintritt. **Rud. Jäde.**

Kolosseum.
Heute Sonnabend u. morg. Sonntag:
(10228 **Großer Ball.**
Kassenöffnung 6½ Uhr. Jeh. u. R. Mittag.

Weißer Engel. Jeden Sonntag (10206
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei!



Kein Inventur-Ausverkauf!

Ausnahme-Preise:

Starke Arbeitsschuhe, 40—46, **10.50 M.**
Lange und Schaft-Stiefel.
Ein Posten Damen-Halbschuhe, Nr. 36, nur **8 M.**
Kinderstiefel von 19—35 billig, sowie sämtliche Schuhwaren für Damen und Herren. 10240

O. Schröder,
Schuh-Spezial-Geschäft.
Bolauerfohr 17.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. (10103

Café Bernhardt
Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. 4—6 u. abds.: **Konzert.**

Fledermaus
8 Uhr.
10207)

Stadttheater Lübeck.

Sonntag, 3 Uhr: Niederdeutsche Bühne Hamburg: **Schaue Hagenah.**
7 Uhr: **Tannhäuser.**
Dienstag, 7,30 Uhr: **Im Klubsessel.**
Sonnabend, Hebung der Abonnementsgelder für die Niederd. Bühne u. Sinfoniekonzerte an d. Theaterkasse von 3—6 Uhr. (10232

Lübeckisches Sinfonie- u. Stadttheater-Orchester.
Sonntag, vorm 11 Uhr: **Öffentliche Hauptprobe zum Sinfoniekonzert.**
Montag, 7½ Uhr: **IV. Sinfonie-Konzert.** Solist: **Professor Schiering,** Violine. Orchester 75 Musiker.

Künstl. Glieder, orthop. Apparate, Messing-Korsette, Leibbinden, Bruchbänder, Plattfußeinlagen, sowie Ausführung sämtl. Apparaten.
Spezialität: Holzprothesen.

Schulz & Waldeck,
Spezial-Werkstätten für künstl. Glieder u. Orthopädie.
Lübeck, Wakendorfstraße 12.
Lieferanten für die Ortskrankenkasse und das Vers.-Amt Lübeck. 10221

Fledermaus

Das Weltstadt-Programm.

Januar 1924.

Fredy Rolf und Partner
Exentr. Step-Dancers.

Ellen Lange
(10202) Verwandlungstänzerin.

3 Pierrots
Komischer musikalischer Akt.

The Blessings
die beliebten modernen Equilibristen.

Jainczik's
die berühmten Eisläufer.

4 Troubadours
Straßensänger.

Original 4 Willi Abott's
in Sport und Kunst.

Anfang 8.30 Uhr. **Telephon 8155.**

Hansa-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Die beliebte Volksoperette (10245
Der fidele Bauer.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Kinder-Vorstellung
zu ganz kleinen Preisen.
„Hänsel u. Gretel".

In Vorbereitung:
„Muschi."

Hautunreinigkeiten

beseitigt die hochfein parfümierte Medizinal- (10230) und Toilettenseife

Inserat 2 Lilien: Aschkin, Impria, Perlerin.
Engros-Niederlage: **Harloff-Schulz,** Lübeck.
Hersteller: **August Steen,** Chemnitz i. S.

Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Verein Lübeck.

Dienstag, den 8. Januar, abends 7½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52.

Tagesordnung:
1. Der Bezirksparteitag. (10248
2. Wahl der Delegierten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**
Zutritt gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Gas cbm 21 Goldpfg., Lichtstrom khw 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (10290

Lübecker Volksbote

Beilage. Sonnabend, 5. Januar 1924. Nummer 4.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 5. Januar.

Mutter mich friert.

Mutter mich friert. Sag', machst Du bald Feuer? —
Kindchen, ich kann nicht, die Kohlen sind teuer —
Mutter, sieh hin, an den Fenstern ist Eis,
das taut doch ab, wenn der Ofen wird heiß. —
Kann für den Torf das Geld nicht erschwingen,
kaum für das Brot will es mir gelingen. —
Mutter mich friert, und im Zimmer ist's kalt.
Leise und weinend das Stimmchen erschallt. —
Geh in dein Bettchen und wärme dich dort,
morgen vielleicht ist der Winter schon fort.

A. W. v. J.

An die Beamten und Angestellten!

Auf die Angriffe von verschiedenen Seiten, die im General-Anzeiger ohne Namensunterschrift oder unter schützendem Pseudonym gegen mich erhoben sind, antworte ich folgendes:

„Unter „Merkblatt für Beamte und Angestellte" werden Herrn Haut einige Punkte vorgehalten, und man glaubt damit die Wahl gewinnen zu können. Auf der anderen Seite zählt man die Verdienste des Senats durch Schaffung einiger Gesetzesvorlagen auf.

Das ist wieder ein ganz gemeiner Wahlschwindel!

Die angeführten Gesetze sind doch **von der Bürgerschaft verabschiedet und vielfach verbessert worden, teilweise aber gerade erst auf wiederholtes Verlangen der Bürgerschaft** vor allen Dingen **auf Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion geschaffen worden.** Und nun will es auch noch die Ironie des Schicksals, daß gerade Herr Haut bei den angeführten Gesetzen die Hauptrolle gespielt hat. Ueberführung von mehreren Hundert Angestellten in die Beamtenschaft, Schaffung des Beamtenbesoldungsgesetzes. Wer hat aber **für die Staatsarbeiter Lübecks die gesetzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung** Jahre hindurch **gefordert** und energisch gefordert? **Die sozialdemokratische Fraktion!** Wer hat diese Angelegenheit jahrelang verschleppt? — **Der Senat!** — Wer hat immer wieder, jahrelang vergebens, das **Ruhegehalt für die Angestellten gefordert? — Die sozialdemokratische Fraktion! —** Und der Senat soll jetzt derjenige sein, dem man **für seinen Widerstand gegen diese sozialen Forderungen danken soll?** — Sind unsere Kreise denn so blöde, diese elende Masche nicht zu erkennen? — Mir hat man ungerechterweise vorgeworfen, ich arbeite mit Schlagworten. Hier schwindelt man! Die pseudonymen Schreiber bringen bewußte Unwahrheiten in die Presse. Und der General-Anzeiger druckt sie ab.

Dann werden Artikel vom April 1922 herangeholt, in denen ich damals gegen Herrn Haut zu Felde zog. Gewiß, ich habe stets die Interessen der Beamtenschaft gegen jeden, auch gegen eigene Parteigenossen verteidigt — offen und ehrlich, mit voller Namensunterschrift. Und heute? — **Da kämpfe ich mit meinen Parteifreunden zusammen gegen die Gegner der Beamtenschaft, der ganzen Arbeitnehmerschaft!** Wo stehen denn unsere Gegner? Wem verdanken wir unsere Hungerlöhne? Wer hetzte gegen die Beamtenschaft? Wer forderte den Beamtenabbau? Wer verhinderte die nötige Steuerreform, durch die die Mittel für die Gehälter und Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten beschafft worden wären? — **Die Rechtsparteien!** — Und wenn hier in Lübeck ein Kampf zwischen rechts und links ausgefochten wird, dann weiß ich, wie ich zu wählen habe! Und alle, denen diese Gedankengänge nicht ganz fremd sind, werden mir zustimmen. — Seltsam mutet die Angst an, die gewisse Leute vor einem neuen Senate haben. Soviel ist gewiß, wenn die Beamtenschaft in einer großen Organisation fest zusammensteht, kann sie mit ruhigem Gewissen der Zukunft ins Auge sehen. Sie wird dann mit allen Machthabern fertig. Unsere Organisationen sind auf demokratischer Grundlage aufgebaut. Sie sind ohne Demokratie nicht denkbar. Und bei dem Volksentscheid am 6. Januar geht es auch darum, **ob in Lübeck Demokratie herrschen soll.** Die Demokratie stützt sich auf den Willen der Mehrheit. Nach der Verfassung von Weimar hätte genau genommen, unser Senat längst anders zusammengesetzt sein müssen. Gerade die zuerst angeführten, **schwer abgerungenen sozialen Gesetze** wären dann schon längst dagewesen und — die Schulreform auch!

Ich habe mich inzwischen überzeugt, daß mir in bezug auf die Stellung des Senats bei den Sonderteuerungsvorlagen ein Irrtum unterlaufen ist. Der Widerstand wurde bei dem Kampfe um die Ortsklasse A geleistet und die Arbeitgeberkreise waren auch damals die Gegner der Beamtenschaft aus egoistischen Gründen, um erhöhte Löhne zu sparen!

Heute sind sie es mehr als jemals! Wer von uns kann mit seinen schärfsten Gegnern Hand in Hand gehen? — Das bringen nur Lübecker Demokraten fertig, aber nicht aufrechte Beamte!

Unser Wahlzettel lautet „Ja!"

Ernst Schermer.

Demokratische Akrobatik.

Herr Julius Klein, dessen hanebüchenen Ausführungen in der Beamtenversammlung vom 2. ds. Mts. bereits an Ort und Stelle auf ihren Wahrheitsgehalt einer sofortigen ebenso schonungslosen wie gerechten Kritik unterzogen wurden, arbeitete u. a. mit halben Wahrheiten in der Schulfrage. Geflissentlich vermied er ein Eingehen darauf, daß seine Fraktion im Unterrichtsausschusse grundsätzlich **gegen die Selbstverwaltung der Schule** und damit auch **gegen die Wahl des Schulleiters** überhaupt gestimmt hat!! Gleichwohl war er unverfroren genug, den Sozialdemokraten, die bekanntlich im Verein mit den fortschrittlichen Lehrern die Träger und Vorkämpfer dieses Gedankens sind, und die demzufolge auch die Führung in dieser Angelegenheit haben, Vorschriften darüber zu machen, wie sie im Ausschusse die endgültige Formulierung der Bestimmung über die Schulleiterwahl vorschlügen! Er operierte in der Beamtenversammlung demagogisch, indem er trotz Dr. Pieths wiederholter Aufforderung, doch die ganze von uns in erster Lesung vorgelegte Fassung dieser Bestimmung zu verlesen, nur **ein aus dem Zusammenhang gerissenes Bruchstück verlas.** Sonst hätten ja seine Anhänger erfahren, daß der Schulaufsichtsbehörde schon in der ersten Fassung **ein sehr wesentliches Mitwirkungs-Recht** bei der Wahl des Schulleiters zugesprochen wurde, ein Recht, das in 2. Lesung nach dem Vorbilde und der bewährten Praxis mitteldeutscher Schulgesetze aus einer negativen in eine positive Fassung umgewandelt wurde. Das ist der „Umfall". Eine einseitige Entscheidung durch die Behörde ist nicht vorgesehen. Vielmehr wird eine gerechte Demokratisierung dadurch angestrebt, ein wesentlicher Fortschritt, der allen Faktoren: dem Staate, dem Lehrkörper und der Elternschaft ein Mitwirkungsrecht gesetzlich einräumt. In Fällen von Meinungsverschiedenheiten soll auch nach der endgültigen Fassung der Senat die letzte Entscheidung haben!

Uebrigens ist die Schulleiterwahl lange nicht so wichtig wie die Hauptkapitel des Gesetzes (Rechte des Lehrkörpers, Elternrat, Schulbeirat). Das wurde bereits im Ausschusse der Bürgerschaft betont und anerkannt. Doch was wußte Herr Julius Klein davon? Das stand wohl auch nicht auf seinem „Programmzettel"? Er wußte weiter auf unsere wiederholten Aufforderungen nicht Rede und Antwort zu stehen. Halbe Wahrheiten, aus dem Zusammenhang gerissene Worte! Neckisch wirkt übrigens dieser doch auch gegen eine Mitwirkung des Staates gerichtete Erguß des Herrn Julius Klein in dem Munde dieses Vorkämpfers des Bürgertums, der doch sonst ganz andere Töne auf seiner Leier hat! Aber der Stimmenfang erfordert's wohl? Die demokratischen Lehrer und die Eltern unserer Schuljugend werden sich ob der undemokratischen Haltung der „demokratischen" Fraktion in dieser für die Entwickelung der Schule so wichtigen Vorlage jedenfalls ihre besonderen Gedanken machen! Dessen sind wir sicher! Dagegen helfen keine noch so halsbrecherischen Seiltänzer-Kunststückchen des Demokratenhäuptlings Julius Klein.

H.

Notizen für den Volksentscheid.

Dein Stimmzettel
ohne jede Beifügung

Ja!

Wahlzeit: in den städtischen Wahlbezirken von 9 bis 6 Uhr. Auf dem Landgebiet von 12 bis 4 Uhr.

Wähle rechtzeitig! Gehe möglichst in den Vormittagsstunden zur Wahl! Nimm Deine Frau und Familienangehörigen gleich mit.

Vergiß den Ausweis nicht! Wählen darf nur, wer in die Wählerlisten eingetragen ist. Du mußt Dich auf Verlangen legitimieren.

Die Wahl ist geheim! Du steckst den Stimmzettel unbehindert in einer Wahlzelle in das Kuvert.

Wahlrecht ist Wahlpflicht! Sage das jedem Säumigen: Bedenke: auf Deine Stimme kommt es an! Nörgeln hilft nichts, wo es Handeln heißt.

Helfe mit! An Wahltagen gibt es für den Wahlausschuß der Sozialdemokratischen Partei viel Arbeit. Melde Dich im Parteisekretariat als freiwilliger Helfer. Laß nicht alle Arbeiten auf den Schultern einzelner ruhen. Je mehr mitwirken, desto leichter die Arbeit für den einzelnen.

*

Wichtig für Gebrechliche und Kranke.

Der Arbeiter-Samariter-Bund und die Lübecker Sanitätskolonne vom Roten Kreuz übernehmen am Wahltage den unentgeltlichen Transport derjenigen Personen, die den Weg zum Wahllokal nicht ohne fremde Hilfe zurücklegen können. Sie stellen sich in den Dienst der Allgemeinheit unter Ablehnung jeder Betätigung für eine bestimmte Partei und irgendwelche Ausnutzung als Schlepper zur Wahl. Jede zu transportierende Person hat den Antrag dazu vorher zu stellen. Die Transporte erfolgen danach ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Antragstellers und ohne jede Beeinflussung durch Mitglieder der Sanitätskolonnen. Die Transporte der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz werden in den einzelnen Stadtteilen in der unten angegebenen Reihenfolge ausgeführt:

St.-Lorenz-Süd (Sammelpunkt Reuterkrug 9 Uhr) von 9 bis 11 Uhr vormittags.

St.-Lorenz-Nord (Sammelpunkt Marienburg 9½ Uhr) von 9½ bis 11½ Uhr vormittags

Innere Stadt von 11 bis 1 Uhr (Sammelpunkt der San.-Kol. San.-Wache 11 Uhr).

Burgtor-Marli von 2 bis 4 Uhr (Sammelpunkt der San.-Kol. Roeckstraße 45 2 Uhr).

Hüxtertor von 2½ bis 4½ Uhr (Sammelpunkt der San.-Kol. Fortuna 2½ Uhr).

Mühlentor von 3½ bis 5 Uhr (Sammelpunkt der San.-Kol. Kolosseum 3½ Uhr).

Die Anträge zum Transport müssen zu den angegebenen Zeitpunkten auf den Sammelpunkten sein. Alle Personen, die die Hilfe der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz in Anspruch nehmen möchten, werden gebeten, sich in der angegebenen Zeit bereit zu halten. (Decken und sonstiges Material zum Zudecken muß jeder selbst besorgen.)

*

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne

transportiert alte und kranke Wähler.

Holstentor-Süd: Reuterkrug.
Holstentor-Nord: Marquardschule.
Marli: Gastwirtschaft von Groht, Kottwitzstraße
Burgtor: Luisenlust
Mühlentor: Adlershorst und Gastwirtschaft von Breede, Kronsforder Allee.
Innere Stadt: Gastwirtschaft Eggers, Stavenstraße; Arbeiter-Sportheim, Hundestraße.

Transporte sind in diesen Lokalen anzumelden.

Warum Du mit Ja! stimmen mußt? Weil es um Deine Sache geht. Hat Dir, Proletarier, Hausfrau, der Gegner die Augen noch nicht geöffnet? Verfolgt dieser nicht seit Jahr und Tag den Zweck, die rein bürgerlich-kapitalistischen Regierungen überall wieder aufzurichten? Schwindelt nicht der General-Anzeiger das Blaue vom Himmel herunter, um sozialdemokratische Minister verächtlich zu machen? Forderte nicht das Leibblatt des bürgerlichen Senats, die Lübeckischen Anzeigen, den Hinauswurf aller Sozialdemokraten aus allen Regierungen, Kommunen und Behörden?

Die Lübecker Reaktion lauert nur auf den Augenblick des faschistischen Reinemachens im Reich. Sie würde sofort einspringen. Glaubst Du, diese Gesellschaft würde Rücksicht nehmen auf die jetzt von ihnen so gelobten alten sozialdemokratischen Führer? Bedenke doch, wie es früher war unter dem Vierklassenwahlrecht. Da kehrte sich der ganze bürgerliche Mischmasch nicht an Recht und Gerechtigkeit. Jetzt fordern wir nur Selbstverständliches, demokratisches Recht.

Und das Echo? Ein Wutgeheul, eine Schlammflut verlogener Flugblätter, deren Verfasser sich schämen, mit ihrem Namen dafür einzustehen. Nach dem Rezept der Junker im alten Preußen-Deutschland drohen Dir Industrielle und Handel bei Ausübung Deines Rechts mit dem Hunger, mit Arbeitsentlassung. Sie, die seit Jahren darauf hinarbeiten, den republikanischen Staatsgedanken zu sabotieren, die Arbeiter brotlos und damit mürbe zu machen. Sie stemmen sich gegen die politische Machterweiterung des Proletariats, weil sie für ihren Profit fürchten. Weil sie die Herren sein wollen. Du sollst Knecht bleiben.

Worin besteht der Wiederaufbau der Kapitalisten? In schäbiger Lohnschinderei, Arbeitszeitverlängerung, und vor allem in gemeiner Preisgaunerei. Die Geldentwertung ist von ihnen mit hervorgerufen, zur Volksausplünderung und zur eigenen Bereicherung gewissenlos benutzt worden. Das Kapital weiß nur zu gut, was auf dem Spiele steht. Es kämpft um die Eckpfeiler der Staatsmacht, die ihm die Kujonierung der Arbeitstiere schrankenlos überläßt.

Du Hausfrau und Mutter! Hast Du den Wiederaufbau der Kapitalisten und der bürgerlichen Regierungen nicht am eigenen Leibe Jahre hindurch kennen gelernt? Schau in Deine leeren Truhen und Kisten, schau in die verhungerten Gesichter Deiner Kinder, besieh aber vor allem den lumpigen Lohn, den die Unternehmer Deinem Manne in die Hand zu drücken sich nicht schämen. Dein kärglich Hab und Gut haben Krieg und Profitjägerei aufgefressen, wie die besitzende Klasse den letzten Bissen wegstibitzte. Schau die großen neuen Werkanlagen an! **Wer hat sie erschuften müssen?** Der Arbeiter und Angestellte. Kapitalist, Monarchist und Pfaffe leugnen diesen Betrug am Volke und die Raffgier, und beschimpfen das Proletariat als Faulenzer und dessen Vertreter als gewerbsmäßige Diebe. So der schöne „Seefahrer" in einem Flugblatt an die Erwerbslosen und Arbeiter. Dieser „Seefahrer" ist ein bekannter Monarchist und Werftdirektor. Glaubt Ihr Lohnsklaven, daß diese Herrenmenschen Euer Wohl fördern wollen? **Knechten bis aufs Blut wollen sie Euch,** zu willensgelähmten Subjekten machen, aus Euren **Schweißtropfen alte Macht und Herrlichkeit** gründen. Dazu bedürfen sie der Mithilfe der bürgerlichen Regierungen des Reiches und der Länder, darum spenden sie Goldmillionen zur Verächtlichmachung ehrlicher sozialistischer Arbeit.

Sie kämpfen um die Vorrechte des Besitzes! Du streitest für das schönste staatsbürgerliche Recht, um die Auswirkung wahrhafter Demokratie auch im Lübecker Senat. Die sichert Dir den Aufstieg, wen Du verstehst, die richtigen Männer für Deine Interessen zu wählen.

Verpaßest Du den Augenblick, dann hilft Dir kein Mensch und kein Gott und die verlogenen Phrasen der bürgerlichen Sippe erst recht nicht.

Du mußt Dir selbst helfen! Raffe Dich auf, gib dem gesamten bürgerlichen Schwindel den Fußtritt. Versäume die Stunde nicht, wähle **Ja!**

Museum für Kunst- und Kulturgeschichte. Die gegenwärtige Ausstellung von Werken Lübeckischer Künstler im Behn-Haus ist auf Wunsch noch bis zum 6. Januar inkl. verlängert. Am Sonntag als am letzten Tag wird die Ausstellung (10—2 Uhr) kostenlos geöffnet sein.

Ein Liebeswerk für Kinder, deren Väter in russischer Gefangenschaft waren, hat Elsa Brandström im Schloß Neuforge bei Mittweida in Sachsen geschaffen. Dieses Schloß ist zu einem hygienisch und praktisch allen modernen Anforderungen entsprechenden Kinderheim ausgestaltet worden. 2—300 Kinder finden dort zur Erholung, teils kostenfrei, teils gegen Entgelt, längeren oder kürzeren Aufenthalt. Schulentlassene Mädchen erhalten kostenfreie Ausbildung in allen hauswirtschaftlichen Fächern. Meldungen von Kindern, deren Väter in russischer Gefangenschaft waren, nimmt das Jugendamt, Lübeck, Parade 1, entgegen. Ueber die Aufnahme entscheidet die Leitung des Heimes.

Erklärung.

Auf eine Notiz im Bericht des L. G. A. über die Versammlung im Marmorsaal betreffend meine Mitteilung über die Rolle des Geldes bei der Verteilung der Sitze auf der Seite der Einheitsfront erkläre ich folgendes:

Ein Herr der demokratischen Partei war bei mir und wollte von mir den Namen meines Gewährsmannes haben, den ich verweigerte. Ich habe mich aber bereit erklärt, mit dem betreffenden Herrn Rücksprache zu nehmen. Das ist geschehen. Ich habe nach dieser Aussprache keine Veranlassung, ein Wort zurückzunehmen. — Uebrigens ist die Sache mir nicht neu. Ich habe seiner Zeit von verschiedenen Herren, die der demokratischen Partei angehören, dasselbe vernommen. Das liegt zwei Jahre zurück. — Dem Vertreter der demokratischen Fraktion habe ich erwidert, warum er die Redefreiheit nicht ausgenutzt habe. Antwort: Es dauerte so schon lange genug. Und auf meine Frage, warum Herr Klein nicht darauf eingegangen sei, erhielt ich die Antwort: Er wird es vergessen haben! — Wenn die Herren nachträglich die Angelegenheit nochmals waschen wollen, dann bitte! Vielleicht erfahren wir dann, wie die Einheitsliste zustande kam!

Ernst Schermer.

Kohlen — Koks
Maaß & Co. G. m. b. H.
Holz — Briketts
10211

Das absolute Ja! des Volkes.

Am Freitag abend versammelte sich die werktätige Bevölkerung noch einmal, um Abrechnung zu halten mit der bürgerlichen Senatsmehrheit, und vor allem mit dem unter großkapitalistischer Führung stehenden Lübecker Bürgertum, das sich nicht scheut, seine Wahlpropaganda mit den allerschäbigsten Mitteln zu betreiben. Die Unmasse von verlogenen, mit Gemeinheiten gegen die sozialdemokratische Partei und deren Führer strotzenden Flugblätter sagt aufs deutlichste, wie sehr hier der Wille obliegt, die Volksmehrheit und insbesondere die Sozialdemokratie im Schmutze zu ersticken. Die blöde Kampfesweise des Mischmasches legt aber auch die Korruption offen, die das Bürgertum moralisch zerfressen hat. Dieselben Kreise, die sich seit Jahren in der Bürgerschaft gegen die geringste Besteuerung gewehrt und dadurch den Staat dem Bankerott zugeführt haben, entpuppen sich auf einmal so kapitalkräftig, daß sie Goldwerte zu Tausenden verpulvern können. Kommen diese aber nicht aus ihrer eigenen Tasche, dann haben sich diese ehrenwerten Kreise dem Großkapital, dem Großhandel und der Industrie — die nur in Frage kommen — auf solch dirnenhafte Art verkuppelt, daß sich deren politische Moral auf verachtungswürdigste Weise offenbart. Aber in der grenzenlosen Wut gegen den Gleichberechtigungswillen des schaffenden Volkes kennen diese Profitstreber keine Scham. Sie ist bei ihnen, wie schon Genosse Wissell 1907 in der Stadthalle feststellte, längst zu den Hunden entflohen und sie machen mit den Windhunden bei jeder Wahl denselben Wettlauf.

Die Lübecker Arbeiterschaft ist diese Taktik seit Jahrzehnten gewohnt. Sie bekundete in den Massenversammlungen des Gewerkschaftshauses, des Kolosseums und des Konzerthauses Lübeck erneut ihren Willen, wie so oft, auch am 6. Januar dem bürgerlichen Kuddelmuddel einen Denkzettel auszustellen, der die Aufgeblasenheit der reaktionären Clique wieder für einige Zeit dämpft. Ganz großartig besucht war die Versammlung im Gewerkschaftshaus, wo der Parteiveteran Genosse Hermann Molkenbuhr in schlichten Worten die Genossen an die schaffensfrohe erfolgreiche Arbeit der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft erinnerte, sie zur Einigkeit und Standhaftigkeit ermahnte, die den endlichen Erfolg verbürge. Genosse Dr. Leber behandelte die lübsche Politik, während sein Vorredner die Schwierigkeiten der sozialdemokratischen Parlamentsarbeit im Reiche darlegte. Es war eine von der besten Stimmung getragene Massenversammlung, die nur der Kommunist Roß zur Austragung seiner verrannten Ideen benutzen wollte. Ueber diese unfaire Taktik wird noch zu reden sein.

Trotz diesem Intermezzo löste sich diese Riesenversammlung, in der sich selbst der filzpantoffelieg Haase-Lampe nicht hätte durchschleichen können, mit dem festen Vorsatz auf, am morgigen Sonntag den Ja!-Stimmen zum Siege zu verhelfen.

*

Gewerkschaftshaus.

Genosse Hermann Molkenbuhr

erinnerte eingangs seiner Ausführungen, daß mit derartigen Mitteln, wie sie ihm in den bürgerlichen Flugblättern in Lübeck zu Gesicht gekommen seien, schon vor einem halben Jahrhundert gegen die Sozialdemokraten gekämpft worden sei. Sie zeugten von einer kaum möglichen Geistesarmut und bewiesen, daß ernste Argumente nicht zur Verfügung ständen. Mit Lächerlichkeit, Gewalt, Justizgymnastik verfolgte man jahrzehntelang sozialdemokratische Redner und Redakteure, unterdrückte Zeitungen und krönte das ganze mit dem Sozialistengesetz. Das alles verhinderte aber nicht, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands die stärkste der Welt wurde. Wenn sie trotzdem beim Zusammenbruch des alten Staates ihre Ziele nicht verwirklichen konnte, so lag das an der Unreifheit der Arbeiterschaft, hervorgerufen durch den Kommunismus, der die Demokratie verachtete, während die Sozialdemokratie die Erringung der Demokratie und Republik seit Jahrzehnten erstrebte, durch sie die Arbeiterklasse der Befreiung entgegenzuführen. In großen Zügen streifte der Redner die politische Entwicklung seit 1918 und deren Hemmnisse durch die französische Gewaltmaßnahmen, die **Inflationspolitik der Helfferich und Cuno**, geißelte sarkastisch den kapitalistischen Grundsatz, sich patriotisch zu gebärden und Steuern zu bezahlen, wenn diese aus den Taschen der Arbeiter geholt werden können, andernfalls aber den Patriotismus den Arbeitern zu überlassen, und ging dann auf den Angriff des **Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft** näher ein. Er schilderte, wie **Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung** seit je vom Unternehmertum als Knebelungsmittel der Arbeiter angewandt wurden, obwohl die praktische Wissenschaft erwiesen, daß kurze Arbeitszeit und ausgiebiger Lohn die besten Resultate im Produktionsprozeß zeitigten. Was die deutschen Unternehmer jetzt inszenieren, wurde nach dem Kriege in England mit negativem Resultat durchgeführt; die Arbeitslosigkeit wurde vermehrt, zwei Regierungen sind über dieses kapitalistische Prinzip gestolpert. Die Behauptung der deutschen Unternehmer von der Notwendigkeit der Verbilligung des Ausfuhrgutes stimmten nicht, weil dieses nur **einen Bruchteil der deutschen Erzeugung ausmache** und weil nur ein begrenzter Teil der deutschen Arbeiter mit der Herstellung von Ausfuhrwaren beschäftigt sei. Viel notwendiger sei, **die Kaufkraft des deutschen Volkes zu heben.** Zum Schluß wies Genosse Molkenbuhr auf die bevorstehenden schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfe hin, die ein einiges, kampfbereites Proletariat für Abwehr und Erfolg forderten.

Genosse Dr. Leber

behandelte die Zuspitzung der politischen Verhältnisse in Lübeck seit den Augusttagen sowie die sich daraus ergebenden parlamentarischen Kämpfe. Die Verprügelung von 50 Arbeitern und Arbeiterfrauen, die auf der Strecke gebliebenen Verwundeten und die Toten sei nicht ohne Einfluß auf die politische Einstellung der Arbeiterschaft geblieben. In der Bürgerschaft sei das Verhältnis der sozialdemokratischen Fraktion zum Senat unerträglich geworden. Durch die Aeußerung des Bürgermeisters Dr. Neumann, **mit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Senat nicht zusammenarbeiten zu wollen,** sei das Tischtuch zerschnitten worden. Daß der Kampf um den Volksentscheid von bürgerlicher Seite nicht sachlich geführt werden würde, war vorauszusehen, nicht aber, daß er in gemeine persönliche, hundsgemeine Schimpferei gegen die sozialdemokratischen Führer ausarten würde. Durch die Schwindeleien des General-Anzeigers und der bürgerlichen Flugblätter sei das Streitgebiet vom Kampf zwischen Sozialdemokratie und Senat zu einem **Kampf mit dem gesamten Bürgertum ausgewachsen.** Es frage sich, was Senator Dr. Kalbrenner in der bürgerlichen Versammlung dazu sage, der seinerzeit erklärte, daß für Staatsnotwendigkeiten bisher nur die Sozialdemokratie Verständnis bewiesen habe, während das Bürgertum das eigene Interesse über dasjenige der Vaterstadt stellte. Mit erregten Zwischenrufen wurde die Skizzierung des deutsch-völkischen Zuchthauses Fricke begleitet, der sich nicht scheute in seinem Pamphlet sogar die Mutter des Referenten in den Schmutz zu ziehen. Die verlogene Berichterstattung der bürgerlichen Presse über die verschiedenen Wahlversammlungen und die Auseinandersetzungen mit den bürgerlichen Sprechern gaben Dr. Leber Gelegenheit die mageren Argumente des bürgerlichen Senates zu zerpflücken. Sie triefen alle von Patriotismus und verteidigen den Kapitalismus, der **das eigene Volk verhungern läßt und soviel Geld nach dem Ausland verschiebt,** daß unzählige Banken zur Verwaltung dieses Kapitals gegründet werden mußten. Nachdem Genosse Leber den **Steuerbetrug der Kapitalisten und des gesamten Bürgertums** gegeißelt hatte, kam er auf die Anklage des Genossen Schermer **über den bürgerlichen Mandatsschacher** zu sprechen, bei dessen Erwähnung selbst dem Demokraten Klein das Wort im Munde stecken geblieben sei. Ebenso wunderbar sei das Verhalten des **Volksparteilers Ewers,** der sich tapfer für **Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung der Arbeiter und Angestellten** ins Zeug lege, für die Rechtsanwälte aber einen Antrag beim Gericht einbrachte, der eine **zehnfache Gebührenerhöhung forderte.** Diese bürgerliche Gesellschaft besitze noch den Mut, sich besonders an die Frauen und Mütter zu wenden, **deren Kinder sie verhungern, deren Heime sie ausplündern ließ** und für deren Gleichberechtigung sie sonst sehr **wenig übrig habe.** Die Arbeiterschaft fordere jetzt den Einfluß im Senat, der ihr zukomme, unbeachtet um die schäbigen Vorwürfe, daß es nur sozialdemokratische Streber- und Heberarbeit sei. **Die Sozialdemokratie werde in Zukunft grundsätzliche Politik treiben,** sie werde vor allem Bedacht nehmen auf eine **gesunde Finanzpolitik,** die unserem kleinen Staate die Lebensmöglichkeit biete. Sie werde die Schulen endlich zu **Instituten der Republik machen** und die **Hakenkreuzlermaximen ausrotten.** Dem Wohnungselend werde endlich entgegengetreten. Durch die **Kurzsichtigkeit des Senats und eines seiner Oberbeamten** sei der sozialdemokratische Wohnungsbauentwurf gefallen und **1000 Wohnungen ungebaut geblieben.** Unsere Politik sei weder von Liebe noch von Haß diktiert, sondern von staatserhaltenden Notwendigkeiten und **den Interessen der notleidenden Bevölkerung.**

*

Die Aussprache benutzte der Kommunist Roß zur Wiederholung seiner bekannten Rede, die von Anklagen und falschen Behauptungen gegen die Sozialdemokratie strotzte. Sie rief lebhaften Widerspruch hervor und wurde im Schlußwort vom Genossen Dr. Leber wie vom Versammlungsleiter Genossen Weiß zurechtgerückt und als demagogisches Machwerk bezeichnet. Genossin Ramm und ein weiterer Genosse machten auf den **bürgerlichen Stimmenfang,** der vom **Wohlfahrtsamt unterstützten Sozial- und Kleinrentner** aufmerksam und forderten die Anwesenden auf, bei diesen durch die grenzenlose Not Verängstigten besonders aufklärend zu wirken.

*

Kolosseum.

In der Versammlung im Kolosseum hatten die bürgerlichen Parteien es vorgezogen, fast gänzlich durch Abwesenheit zu glänzen. Der Versammlungsleiter, Genosse Dr. Picth, wies auf dieses feige Verhalten derer um Ewers hin, die sich jetzt hinter verschlossenen Türen verschanzen. War es doch gerade Ewers, der in so hochtönenden Phrasen in der Bürgerschaft sich brüstete, er und seine Mannen würden sich diesmal zum Kampfe stellen; jetzt ziehen sie sich auf „geschlossene Versammlungen" zurück und kneifen vor ihren Gegnern. Das sei ein absolutes Zeichen der Schwäche!

Reichstagsabgeordneter Gen. Henke

beleuchtete zunächst die Parole der Bürgerlichen „Nieder mit dem Marxismus!" Seht euch doch um in der ganzen Welt, eins sehen wir glänzend hervortreten: **die Bestätigung der marxistischen Lehre!** Auch der Mittelstand ist, wie dort vorausgesagt, durch die Kapitalisten zugrunde gerichtet. Neue Vermögen haben sich gebildet. Eine Konzentration des Kapitals ist erfolgt, wie kaum je zuvor. Die Krankheit an unserem Gesellschaftskörper war also richtig erkannt worden. Der Mittelstand aber, der im Gegensatz zum organisierten Proletariat nicht weiß, was er will, ist mit dem Kopf bei den Kapitalisten, die seine Schlächter sind, mit den Beinen aber steht er, obwohl er es oft nicht weiß, schon bei seinen Klassengenossen, dem Proletariat. Das klare Bewußtsein von seiner Lage innerhalb der Gesellschaftsordnung und der Wille zum Kampfe sei notwendig; und die kapitalistische Entwicklung sei sein Schrittmacher. In seinem Atemzuge rufe das Bürgertum: „Der Marxismus hat bankerott gemacht", voller Angst aber zugleich: „Nieder mit dem Marxismus!" Wie es seiner selbst mit diesem Widerspruch spotte, merke der Kapitalismus offenbar garnicht. Der Redner wieß auf die Erwerbslosigkeit in den Siegerstaaten hin, vor allem in England, wo die Arbeiterschaft soeben unter dem Drucke dieser Zustände einen solchen politischen Erfolg erzielt habe. Die Gegner täuschten sich außerordentlich, als sie aus dieser Verelendung der Arbeiterschaft den Sieg erhofften!

Massenhafte Fälle von Hungertod werden gemeldet! Das geht auf Konto der moralpredigenden Kapitalistenklasse. Die Frauen, die während des Krieges Granaten drehen mußten, konnten vielfach keine gesunden Kinder zur Welt bringen, und die lebenden hungern. 50 Prozent der Kinder in Großstädten sind unterernährt! Auch daran ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung der bürgerlichen Parteien schuld! Der Vortragende legte sodann die verheerenden Folgen der Inflation für die Arbeitnehmerschaft dar. Die Unternehmer haben zu gleicher Zeit ihre Spekulationsgewinne gehäuft, mit denen sie heute die Arbeiter niederknüppeln wollen. Ueber Leichen gehen sie nur einem Ziele nach: dem Profit! Sie sagen „Marxismus" und meinen die Arbeiterklasse, die sie niederreiten wollen. Solche Zeiten haben wir nicht zum ersten Male, aber **die Geschichte lehrt, daß die Arbeiterschaft dadurch erhöhten Auftrieb erhält zum Zusammenschluß und zum Widerstand. Das Wahljahr 1924 wird es zeigen! Wien mit seiner anerkannten Musterwirtschaft sei ein glänzendes Beispiel dafür, wie lächerlich die Angriffe gegen den Marxismus und sozialistische Regierungen seien, denn Wien habe eine sozialistische Regierung!** Trotz des Kuddelmuddels der bürgerlichen Parteien und ihrer Lügen werde die Arbeiterschaft siegen.

Die besten Agitatoren für die Arbeiterschaft seien der Ausnahmezustand, die Generale und ihre blindtappende Politik. Selbst die „Kreuzzeitung" des Herrn Westarp hat zugegeben, daß die Sozialdemokratie taktisch außerordentlich geschickt operiert habe, als sie sich von den Kapitalisten den Wahltermin zum Reichstage nicht vorschreiben ließ. Die schwere Belastung, die die Sozialdemokratie durch das Ermächtigungsgesetz auf sich geladen habe, sei also, so wenig wünschenswert diese auch ist, doch nicht so zu beurteilen, wie viele leichtfertig behaupten. Die Partei hat das getan, was sie zu tun verpflichtet war. Das sage er als Mann des linken Flügels der Reichstagsfraktion. Kommunistische Tiraden imponierten uns nicht, wir wollen praktische Politik. Wir wollen die Vereinigung der Arbeiterschaft. Wir brauchen sie jetzt mehr denn je angesichts der Taten dieser Reichsregierung, die uns glänzend beweisen, wie recht der Marxismus hat! **Wir fordern die Aufhebung des Belagerungszustandes! Auf geistigem Gebiete wollen wir uns mit unseren Gegnern auseinandersetzen, darum fordern wir auch die Aufhebung der Verbote gegen die verbotenen Parteien.** Generale seien zur Politik unfähig! Das haben ihre Taten in Sachsen und Thüringen und die Unfähigkeiten gegenüber dem bayrischen Skandal bewiesen. **Unsere Gegner eint nicht ein höheres Ziel,** sie ziehen doch letzten Endes an verschiedenen Strängen, wenn es heißt, **den Profit zu verteilen. Die Arbeiterschaft aber hat ein hohes weltanschauliches Ziel, das nicht zu besiegen ist.** (Sehr lebhafter Beifall!)

Gen. Alfred Dreger

geißelte zunächst **das brutale Vorgehen des Unternehmertums,** das die Liquidierung der Kriegskosten lediglich auf die Schultern **der Arbeiterschaft abwälzen will.** Wir haben die Pflicht, bei der Besetzung der Landesregierungen und Gemeindeverwaltung **der Arbeiterschaft** die ihr zukommende zahlenmäßige Vertretung zu verschaffen. Die inneren Gegensätze Lübecks haben auch hier dazu geführt, daß eine **Umbildung des Senates unbedingt gefordert werden mußte.** Nicht ein Einzelner, Genosse Dr. Leber, kann also der „Macher" dieser Kontroversen sein; **diese Formel,** auf die man von bürgerlicher Seite den Streit zu schieben versuche, sei also **reichlich naiv!** Diese politische Lage sei vielmehr **zwangsläufig** geworden durch **die Brutalität des Unternehmertums und die Unfähigkeit des bürgerlichen Teiles des Senates,** sich dieser Lage gewachsen zu zeigen. Der Senat habe auch in arbeitsrechtlicher Beziehung absolut versagt. Der Redner erinnerte hierbei an das Erwerbslosenproblem, auch an den skandalösen Fall Eßmann. Die Bürgerschaft und dieser Senat konnten nicht mehr mit einander arbeiten. Die bürgerlichen Parteien haben in sachlicher Arbeit diesen Senat immer dann im Stiche gelassen, wenn sie die Finanzen sanieren sollten; sie wollen den Senat jetzt nur halten, weil sie ihre Profitinteressen durch ihn besser geschützt sehen. Redner wies sodann die alten Kamellen von der letzten Bürgerschaftswahl, wo auch schon das Bürgertum mit Mäßchen graulich gemacht wurde, zurück. Auch die bürgerlichen Kreise werden nach dem zu erwartenden Ausfall dieser Wahl genötigt sein, praktische Politik zu leisten. Redner geißelte dann die Vergiftung des politischen Lebens, die diese Parteien betreiben, Methoden, die bar sind jeder sachlichen Arbeit, ein Vorgehen, das einen tiefen Schnitt gemacht hat zwischen uns und ihnen. Auch viele Bürgerliche wenden sich verekelt von solcher Politik der Bürgerlichen ab. Im Interesse der Arbeitnehmerschaft wird die übergroße Mehrheit der Bevölkerung am Sonntag mit „Ja" stimmen. Nach einem 2. Volksentscheid wird sich der Senat nie wieder gelüsten. Darum stimmt und agitiert für Ja! (Großer Beifall).

In der Diskussion sprach der Kommunist Nickel über die kommunistische Taktik, über die Einigung der Arbeiterschaft und die Entstehungsgeschichte ihrer Spaltung. Der bürgerliche Senat müsse schleunigst verschwinden. An der Brutalität des Vorgehens der Unternehmer könnten sich die Arbeiter ein Beispiel nehmen. Die Arbeiterschaft dürfe und könne natürlich nicht übersehen, daß Lübeck nur ein kleines Pünktchen in Deutschland sei, und daß z. Zt. auch ein etwaiger kommunistisch-sozialistischer Senat nicht sofort alle Notleidenden sorgenfrei machen könne. Er bekämpfte das Ermächtigungsgesetz, die indirekten Steuern und die Koalitionspolitik in Preußen. Er las denjenigen Arbeitern die Leviten, die Leute vom Schlage eines Hefti und Nehlsen mit in die Bürgerschaft geschickt habe.

Im Schlußwort bedauerte Gen. Henke in satirischer, humoristischer Kritik, daß Nickel sich dem Einfluß, den Redner persönlich früher auf Nickel gehabt habe, entzogen habe, sonst hätte Nickel nicht diese politische radikale Entwicklung nehmen können, ihm waren dann manche Irrwege erspart geblieben. Die Kommunisten hätten nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland und hier nicht nur in ihrer Stellung zum Parlamentarismus, sondern auch in anderen Notwendigkeiten inzwischen umgelernt. Er ging sodann auf die gefährdete Lage der Rentenmark ein. Zu erstreben sei eine Goldmark wie die vor dem Kriege, sie sei aber nur zu erlangen, wenn der Haushalt durch Steuern stabilisiert sei. Das sei das Ziel und die stete Forderung der Sozialdemokratie. Einigkeit der Arbeiterschaft sei unbedingte Forderung! (Beifall.) Nach einer kurzen Uebersicht über den negverlaufenden Gang des Wahlkampfes schloß Gen. Dr. Pieth mit einem begeistert aufgenommenen Appell an die Anwesenden, am Sonntag mit Ja! zu stimmen, um 12 Uhr die bis zum Schluß verhältnismäßig rege besuchte Versammlung.

*

Konzerthaus Lübeck.

Reichstagsabgeordnete Genossin Nemitz

wies darauf hin, daß der kommende Sonntag für die arbeitende Bevölkerung Lübecks ein Zahltag sein müsse, an dem die bürgerliche Gesellschaft erkennen müsse, daß man mit ihrer Politik nicht einverstanden sei. Die bürgerliche Mehrheit im Reichstag trage auch die Schuld, wenn die Gesetze nicht nutzbringend für die Arbeiter ausgefallen seien. In längeren Ausführungen behandelte die Referentin die Regierung Wirth, sowie die Arbeit unserer Genossen im Kabinett. Alle Ratschläge der VSPD. betr. Markstabilisierung, Sachwerterfassung usw. seien an der ablehnenden Haltung der bürgerlich-kapitalistischen Mehrheit gescheitert. Anschließend behandelte die Genossin Nemitz das bürgerliche Flugblatt „An die arbeitenden Frauen und Mütter." Nie sei Agitation mit solcher Gemeinheit getrieben worden wie in diesem Flugblatt. Als Stimmvieh sei auch die arbeitende Frau gut zu gebrauchen, aber nach der Wahl kenne man sie nicht mehr. Des weiteren schilderte die Referentin die Kreditmöglichkeit Deutschlands im Ausland, die nur durch geordnete Finanzverhältnisse im Inlande geschaffen werden könne, und behandelte dann die Erwerbslosenfürsorge. Auch die Verschleuderung deutscher Erzeugnisse im Auslande wurde gebührend kritisiert. Eine endgültige Besserung sei nur durch die sozialistische Gesellschaft möglich. Die VSPD. habe bis heute alles getan, was im Interesse des Volkes und der Menschheit lag, nun aber heiße es zurückzukehren zu unseren alten Werten und Idealen, um den Weg freizumachen für uns und unsere Kinder. Gleiches Recht für alles, was Menschenantlitz trägt.

Gen. Hant.

kam auf die Lübeck überschwemmende Papierflut durch die Kuddelmuddel-Leute zu sprechen und bedauerte, daß auf keinem sich ein Charakter finde, der seinen Namen für den Schwindel hergebe. Dafür hätten die Bürgerlichen die Lüge zur Hilfe genommen und ihre Elaborate auf persönliche Verunglimpfungen aufgebaut. Sie gingen jeder sachlichen Auseinandersetzung aus dem Wege. Der Redner behandelte die einzelnen bekannten Vorkommnisse und die Gründe, die die Sozialdemokratie zu dieser Auseinandersetzung geführt haben.

In der Diskussion unterzog auch Frau Greve unter anderen die §§ 218/19 St.G.B. einer Kritik, das nur Ausnahmeparagraphen gegen die arbeitenden Frauen und Mädchen seien und forderte die Versammlung auf, am Sonntag mit Ja! zu stimmen. Des weiteren beteiligten sich der Gen. Haase und die Genossin Jäckstadt an der Debatte. Im Schlußwort betonte die Genossin Nemitz, leider sei der Antrag über Aenderung des von Frau Greve erwähnten Abtreibungsparagraphen, die die sozialistischen Arbeiterparteien beantragten, noch in den Akten des Bevölkerungsausschusses aufbewahrt und harre seiner Erledigung. Die Rednerin behandelte dann noch die Beamten- und Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien und forderte auf, dem Bürgertum am Sonntag durch Abgabe eines Ja-Stimmzettels die Quittung zu geben. — Die gleiche Aufforderung richtete Genossin H. Puls an die Versammlung, die auf's glänzendste verlief.

Die Zahl der Erwerbslosen

betrug am Schlusse des Jahres 7394. Darunter befanden sich 561 weibliche Arbeitsuchende. Von den übrigen gehörten an: der Metallindustrie 1579, dem Baugewerbe 482, dem Holzgewerbe 291, der Nahrungs- und Genußmittelbranche 74. Von den 419 Angehörigen verschiedener Berufe sind 145 Schneider, 58 Schuhmacher, 38 Buchdrucker und 45 Kellner. 153 waren Handelsangestellte, 460 Jugendliche und 2135 ungelernte Arbeiter.

Das Zuckerbrot der Staatsarbeiter.

In Nr. 2 des Lübecker General-Anzeigers wird in einem „Merkblatt für Beamte und Angestellte" der Senat über den grünen Klee gelobt. U. a. wird das Ruhelohngesetz für die Staatsarbeiter mitgenannt. Es hat den Anschein, als wenn der Schreiber dieses Merkblatts nicht ganz genau über das Ruhelohngesetz orientiert ist. Voraus möchten wir betonen, daß seit dem Jahre 1906 die Staatsarbeiterschaft um den Ruhelohn gekämpft hat, bis im Jahre 1921 das Gesetz endlich geschaffen wurde. In diesem Gesetz sind große Mängel enthalten. Wenn es den Verfasser des Merkblatts interessieren sollte, sind wir gern bereit, ihm die gesamte Korrespondenz über diese Fragen zur Verfügung zu stellen. In diesem Rahmen würde es zu weit führen. Auch sind wir nicht gewillt, Agitation mit diesen Dingen zu treiben. Man mag aber beruhigt sein, die Staatsarbeiterschaft weiß, was sie von all den Dingen zu halten hat. Vielleicht wird es interessieren, eine gewisse Auswirkung dieses Gesetzes kennen zu lernen. Am 5. November v. J. ging eine Verfügung an alle zuständigen Behörden, die wir im Auszug wiedergeben:

„Sämtliche bei den Behörden beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, über 65 Jahre alt, sind unter Einhaltung der erforderlichen Fristen so rechtzeitig zu kündigen oder in den Ruhestand zu versetzen, daß sie vor dem 2. Dezember d. J. aus dem Arbeitsverhältnis der Behörde ausgeschieden sind. Künftig sind Arbeiter, die 65 Jahre alt werden, am letzten Tage des Monats, wo sie dies Alter erreicht haben, zu entlassen."

Es ist daraus ersichtlich, daß nicht alles Gold ist, was glänzt oder was glänzend dargestellt wird. Wenn wir auch noch so viel Druckerschwärze verwenden wollten, so könnten wir auch ein kleines Kapitel aufziehen; wir nehmen davon Abstand. Der Staatsarbeiterschaft ist der Vorsitzende der Lohnkommission des Senats, Herr Senator Evers, zur Genüge bekannt. Nach dem stundenlangen Verlauf der letzten Verhandlungen erst recht, und sie weiß, wie am 6. Januar ihr Stimmzettel auszusehen hat.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
J. A.: H. Merretig.

Wie sie für Euch sorgen!

Eine Milliarde Mark für die Monate Januar, Februar und März erhielt ein Unfallrentner am 2. Januar pränumerando ausgezahlt.

Also mit einem Zehntel Pfennig

speist der kapitalistisch regierte Staat die Opfer der Arbeit ab. Um diesen Zehntel Pfennig muß der Mann noch eine polizeiliche Beglaubigung erwirken und die Schuhsohlen ablaufen, bis dieser zehntel Pfennig ausbezahlt wird.

So schätzt der kapitalistische Staat das Volk ein!

Glaubst du, du hast jemals mehr von ihm und seinen Kapitalsstützen zu erwarten? Dann besieh dir einmal die bürgerlichen Zeitungsverleger, zu denen auch die von Arbeiterfreundlichkeit schwitzenden Firmen Coleman und Borchers gehören. Sie wollen ihrem technischen Personal den 8-Stunden-Tag rauben und weil dieses sich das nicht gefallen läßt, sperren sie in nächster Zeit alle Arbeiter aus. Das ist das wahre Gesicht dieser bürgerlichen Staatsstützen. Profit für sie so viel wie möglich, Unterdrückung für das Volk. Bringt sie zur Besinnung, stimmt „Ja!"

Was kostet eine Privatklage?

Der Umstand, daß auch heute noch die Gerichte durch die zahlreich dort einlaufenden und verhandelten Privatklagen überlastet sind, läßt auf eine außerordentliche im Publikum bestehende Unkenntnis der hohen Kosten, die Privatklagen nach sich ziehen, schließen. Privatklagen sind solche Strafverfolgungen, welche der Verletzte, ohne daß es einer vorgängigen Anrufung der Staatsanwaltschaft bedarf, oder sei es, daß deren Verfolgung die Staatsanwaltschaft mangels öffentlichen Interesses abgelehnt hat, selbst durch entsprechenden Antrag bei dem Amtsgericht bewirken kann. Die Privatklagen sind zulässig bei Vergehen des Hausfriedensbruchs, der Beleidigung, der Körperverletzung, der Bedrohung, Verletzung des Briefgeheimnisses sowie der Sachbeschädigung innerhalb dreier Monate seit Kenntnis seitens des Verletzten.

Die Kosten, welche mit einer solchen Privatklage verbunden sind, wurden jetzt durch Gesetz vom 13. 12. 1923, welches am 1. Januar in Kraft trat, neu geregelt. Der Privatkläger hat, sofern ihm nicht auf seinen Antrag das Armenrecht bewilligt wird, bevor überhaupt eine gerichtliche Handlung vorgenommen wird, der Gerichtskasse 15 Goldmark einzuzahlen. Außerdem hat er bei jedem von ihm gestellten Antrag auf Vornahme einer Handlung, mit der bare Auslagen verbunden sind, z. B. Zeugenladungen, Hinzuziehung eines Arztes als Sachverständigen, einen zur Deckung dieser Auslagen ausreichenden Vorschuß zu leisten. Nur in dringlichen Ausnahmefällen sieht das Gericht von der Einforderung dieser Vorschußzahlungen ab. Nimmt sich der Privatkläger zu seinem Beistand für die Hauptverhandlung einen Rechtsanwalt so hat dieser einen gesetzlichen Anspruch auf Zahlung von mindestens 20 Goldmark. In nicht seltenen Fällen aber ist die dem Rechtsanwalt zustehende Gebühr auf Grund freier Vereinbarung weit höher. Auch diese Kosten sind dem Rechtsanwalt vor Beginn seiner Tätigkeit zu zahlen, da er sonst nicht aufzutreten braucht. Unterliegt der Privatkläger, d. h. endet das Strafverfahren mit einem Freispruch oder der Straffreiheit des Angeklagten, so muß der Privatkläger der Gerichtskasse weitere fünfzehn Goldmark auszahlen. Diese Gerichtsgebühren, welche also mit den vorher gezahlten 15 Goldmark insgesamt 30 Goldmark betragen, kann das Gericht zwar bis auf 2 Goldmark herabsetzen, aber auch bis auf das Zwanzigfache erhöhen. Eine Herabsetzung dieser Kosten kommt bei den heutigen Verhältnissen jedoch fast niemals in Frage. Neben diesen hohen Gerichtskosten, hat der unterlegene Privatkläger ferner sämtliche Auslagen, z. B. für Zeugen, denen etwa der entgangene Arbeitsverdienst, Fahrkosten und Zehrung erstattet werden, zu tragen. Schließlich muß er auch die gesetzlichen Kosten für den Rechtsanwalt des Angeklagten in Höhe von 20 Mark aufbringen. Siegt der Privatkläger, d. h. endet das Verfahren mit einer Verurteilung, dann hat der Angeklagte die gesamten Kosten, auch die des klägerischen Anwalts zu tragen, das von dem Privatkläger diesem Anwalt versprochene oder gezahlte, über die gesetzlichen Gebühren hinausgehende Sonderhonorar jedoch braucht der Verurteilte nicht zu erstatten.

Endet das Verfahren durch Vergleich, d. h. vertragen sich die Parteien vor dem Richter, wie das sehr oft geschieht, wobei der Privatkläger die Klage zurücknimmt, dann verringern sich die Gerichtskosten auf die Hälfte, für die nebst den baren Auslagen der Privatkläger haftet. Die Anwaltsgebühren hat dann zumeist jede Partei selbst zu tragen.

Wer diese Kosten einer Privatklage kennt, wird sich deren Aufnahme erst reiflich überlegen.

Flugblattverbreitung

Sonntag, 6. Januar morgens 8 Uhr

von den bekannten Lokalen aus.

Barlohn der Landarbeiter.

Der Roggenhöchstpreis an der Hamburger Mittwochsbörse vom 2. Januar betrug 7 Rentenmark, sodaß zuzüglich 25 Proz. der für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer gültige Umrechnungspreis 8,75 Mk. pro Zentner ist; pro Pfund also 87 500 Millionen Mk. und zwar für die Zeit vom 31. Dezember 1923 bis 5. Januar 1924.

Die Gauleitung.

Gegen ein verlogenes Flugblatt. Dieser Tage wurde ein schäbiges Flugblatt der bürgerlichen Parteien verbreitet, das mit „Ein Seefahrer" unterzeichnet war. Die seefahrenden Leute legen Wert darauf, daß nicht etwa die Meinung einreißt, ein wirklicher Seemann käme hierbei in Frage. Solch dumme Menschen gibt es unter den Seeleuten denn doch nicht.

Deutscher Schiffahrtsbund, Ortsgruppe Lübeck.
Erwerbslosenrat sämtlicher Seeleute, Lübeck.

Zum Zeichen der Trauer. Auf dem Rathause waren gestern wegen des Todes des hamburgischen Bürgermeisters Dr. Diestel die Flaggen halbstock gesetzt. Auch am Montag, dem 7. Januar, als dem Beisetzungstage des hamburgischen Bürgermeisters, werden auf dem Rathause die Flaggen wieder halbstock gesetzt werden, da nach der lübeckischen Trauerordnung dieses bei der Beisetzung eines Bürgermeisters der Hansestädte vorgesehen ist.

Reeke-Meiendorf. Die Partei der VSPD. hatte zum vergangenen Sonnabend eine öffentliche Versammlung in Behrens Gasthof einberufen, in der Gen. Dr. Pieth über den Volksentscheid sprach. Der Referent geißelte die infame persönliche Hetze und Vergiftung des politischen Lebens, die von den Rein-Sagern entfesselt und genährt werde, und entrollte sodann in sachlicher Darstellung die Vorgeschichte des Mißtrauensvotums und seine tiefen Beweggründe. Die bürgerlichen Parteien und der bürgerliche Teil des Senates haben nicht entfernt den Anforderungen, die die Wirtschaftslage des Staates, eine fortschrittliche Schulpolitik, die Wohnungsbaufrage, die Sozialpolitik und der Parlamentarismus an die Regierung und die Parteien stellte, so entsprochen, wie die sozialdemokratische Fraktion es verlangen mußte; als dann der Polizeiskandal den Zündfunken entfachte, war das Mißtrauensvotum notwendig. An der Hand der Flugblätter der bürgerlichen Parteien hängte der Referent die standalöse Kampfesweise dieser Kreise, die ein absolutes Zeichen ihrer Schwäche sei, niedriger. In der Diskussion nahm das Wort der Kommunist Windisch, der zwar auch im Sinne unserer Wahlparole sprach, im übrigen aber seine Ausführungen auf frühere Anträge der kommunistischen Bürgerschaftsfraktion einstellte. Gen. Pieth berichtigte im Schlußwort schiefe oder falsche Darstellungen und schloß seine Ausführungen unter kräftigem Beifall der gut besuchten Versammlung, die geschlossen zur Parole „Volksentscheid-Ja!" stand. Auch bürgerliche Vertreter hatten sich zu dem Referate eingefunden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

3. Distrikt. Sonntagmorgen 8 Uhr pünktlich bei Lender, Hundestraße. (10235) W. Bruns, Distriktführer.

9. Distrikt. Sonntag morgen 8 Uhr, Marquardschule. Ausgabe der Flugblätter. H. Puls.

Sozialdem. Verein. Vorstand und Ausschuß (einschl. Bezirksführer). Montag, den 7. Januar abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Sonntag, 11 Uhr: Oeffentliche Hauptprobe zum Sinfoniekonzert. 3 Uhr: Vorstellung der Niederdeutschen Bühne Hamburg: Schane Hegenah. 7 Uhr: Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg. Montag: 4. Sinfonie-Konzert. Dienstag: Im Klubsessel. 22. Vorst. im Dienstagab. Mittwoch: Fidelio. 22. Vorst. i. Mittwochab. Donnerstag: Der Mann im Mond. 22. Vorst. i. Donnerstagab. Freitag: Tannhäuser. 22. Vorst. i. Freitagab. Sonnabend: Vorst. f. d. Volksbühne: Gyges und sein Ring. Sonntag, 11½ Uhr: Geestländer Tanzkreis. Tanzmärchen Aschenbrödel und Volkstänze. 3 Uhr: Vorst. d. Niederdeutschen Bühne Hamburg: Theedje und sin Liek. 7,30 Uhr: Rigoletto.

Hansa-Theater. Von der beliebten Volksoperette „Der fidele Bauer" finden nur noch einige Vorstellungen statt. Sonntag nachmittag 3 Uhr wird als Kindervorstellung zum ersten Male „Hänsel und Gretel" zu ganz kleinen Preisen gegeben. In Vorbereitung „Muschi".

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Eine Neuregelung der Gewerbesteuer hat der Senat beantragt, um in der für die Städte und Länder kritischen Uebergangszeit sofort neue Goldeinnahmen zu beschaffen. Aehnlich wie Berlin und andere große Städte geht auch der Hamburger Senat bei seiner Vorlage davon aus, daß durch die Vorauszahlungen, die im Steuerjahre 1923 abgegolten M. Für das Jahr 1924 soll eine Zweiteilung der Gewerbesteuer in eine Gewerbeertragssteuer und eine Lohnsummensteuer eingeführt werden. Die Lohnsummensteuer wird mit 2 v. H. der gezahlten Löhne und Gehälter berechnet, während die Gewerbeertragssteuer auf Grund einer neuen Veranlagung im Frühjahr 1925 zum ersten Male zur Erhebung kommen könnte. Mit Rücksicht darauf, daß der Staat mit der Erhebung dieser Gewerbeertragssteuer aber nicht bis zum Frühjahr 1925 warten kann, die neue Veranlagung auf Goldgrundlage aber für das Jahr 1924 nicht früher zum Abschluß zu bringen ist, soll als Ersatz für die dann in den vier Quartalen 1924 ausfallenden Zahlungen eine weitere Lohnsummensteuer in Höhe von weiteren 2 % als Vorauszahlung auf die später fällige Gewerbeertragssteuer eingeführt werden. Faktisch wird also Hamburg im Jahre 1924 eine Lohnsummensteuer in Höhe von 4 % der laufenden Gehalts- und Lohnsummen erheben. Der Hamburger Senat betont in seiner Begründung der neuen Vorlage, daß trotz aller Bedenken, die man gegen diese neueingeführte Lohnsummensteuer geltend machen kann, diese Steuer doch den Vorzug schafft, daß sie verhältnismäßig einfach und ohne Aufwendung großer bureaukratischer Arbeiten zu erheben ist. Selbstverständlich muß zur Korrektur eventl. entstehender Ungerechtigkeiten (die Steuer belastet die Industrie mehr als den Handel) eine sorgfältige Durcharbeit der Gewerbeertragssteuer unbedingt im Laufe des Jahres erfolgen.

Gewerkschaften.

Abschied vom „Korrespondenzblatt".

In der am Sonnabend erschienenen letzten Ausgabe Nr. 51/52 des 33. Jahrganges vom „Korrespondenzblatt" des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" brachte Paul Umbreit, der das von Karl Legien begründete Zentralorgan der freien Gewerkschaften seit etwa 20 Jahren geleitet hat, einen Artikel: Zum Abschied. Nach einem Ueberblick über die Entwicklung des „Blättchens" seit 1891 und seine Ausgestaltung sagt Umbreit von der Zeit nach der Ablösung der Generalkommission durch den ADGB.:

„An die Stelle der kleinen Gewerkschaften waren Riesenverbände getreten, die bis zu 1,7 Millionen Mitglieder zählten. Unternehmertum und Arbeitnehmerschaft schlossen sich zu Spitzenverbänden zusammen, die in ihren Spitzen in der Zentralarbeitsgemeinschaft zusammentraten, um die großen Wirtschaftsfragen gemeinsam zu beraten. Achtstundentag, Tarifvertrag, Erwerbslosenunterstützung, Landarbeitsordnung und Betriebsrätegesetz leiteten das neue Arbeitsrecht ein, dessen Abschluß ein einheitliches Gesetzbuch der Arbeit bilden soll. Und wie eine glänzende Gloriole lag das Ziel des Sozialismus erreichbar nahe vor uns. Vernichtender Feindesdruck und Bruderkampf in den eigenen Reihen haben es uns wieder entrissen. In dem Sturmlauf des deutschen Volkes um das nackte Dasein lag die schwerste Last auf den Gewerkschaften. Sie wurden auch von seinem Ausgang am schwersten betroffen. Abbau auf allen Gebieten des Verwaltungsapparates, des Unterstützungswesens, der Agitation, der Kongresse und Konferenzen und nicht zum wenigsten der Presse war die Folge. Wie die Pflanze in trockenen Jahreszeiten einen Teil ihres äußerlichen Organismus abstößt und sich auf die inneren Quellen ihrer Lebenskraft zurückzieht, so mußten auch die Gewerkschaften alles nur irgendwie Entbehrliche fallen lassen, um die Organisation selbst, das Arsenal für die kommenden Kämpfe, zu erhalten und in bessere Zeiten hinüberzubringen.

Statt einer aufblühenden Wirtschaft sehen wir eine von Krieg und Kriegsfolgen zerrüttete Wirtschaft vor uns, statt einer von einheitlichem Geiste belebten Arbeiterbewegung ein von innerem Krampf und Kampf geschüttelteres Chaos, das ständig auseinanderzufallen droht. Ein Trost, daß wenigstens die Gewerkschaften noch die einheitliche Plattform des Proletariats darstellen, obwohl auch hier zerstörende Einflüsse unausgesetzt tätig sind.

So müssen wir wieder von vorn anfangen, wie vor 25 Jahren, mit den Mitteln bescheidenster Kleinarbeit im Rahmen der geschichtlichen Erfahrung von Riesenorganisationen. Gewerkschaftlicher Wiederaufbau muß systematisch geleitet werden, in der Agitation in Betrieb und Beruf, in der Verwaltung in der Lohnpolitik und nicht zuletzt in der Presse. Unser neues Zentralorgan wird sich mit allen Kräften dieser Wiederaufbauarbeit widmen und die Gewerkschaften darin unterstützen, damit die schlimme Zeit so bald als möglich hinter uns liegt und überwunden werde. Gefestigter denn je wird dann die Gewerkschaftsbewegung erstehen und in Kämpfen gegen das Unternehmertum eine neue Schutzwehr für die Arbeiter aufrichten. Das „Korrespondenzblatt" hat eine ganze Generation von Gewerkschaftskämpfern schulen helfen, einen guten alten Stamm von Gewerkschaftsfunktionären aufgezogen. Möge sein Nachfolger, die „Gewerkschaftszeitung", das Werk dieser Generation fortsetzen, zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung."

*

In derselben Nummer des „Korrespondenzblattes" wird mitgeteilt, daß aus dem Bureau des Bundesvorstandes des ADGB. drei altbewährte Genossen ausgeschieden sind. Rudolf Wissell, der am 1. Dezember 1908 in das Zentralarbeitersekretariat der Generalkommission eingetreten war und zuletzt die Sozialpolitische Abteilung des Bundes geleitet hat, will sich gänzlich dem öffentlichen Leben widmen. Adolf Cohen, der der Generalkommission seit 1903 angehörte und 1918 in ihren Dienst trat, hat seine Gesundheit im Dienste der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes aufgerieben, so daß er mit noch nicht 54 Altersjahren jetzt in den Ruhestand getreten ist. Auch der 73jährige Gustav Heinke tritt in den wohlverdienten Ruhestand. Seit 1899 war er Sekretär der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz und übte seit 1910 die gleiche Tätigkeit im Rahmen der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission bezw. des ADGB. mit voller Hingabe aus. Den drei Genossen, die den Umzug des Bundesvorstandes in das neue Bundeshaus nicht mitmachen, widmet der Vorstand des ADGB. freundliche Worte der Anerkennung.

Theater und Musik.

Konzert des Wendling-Quartetts.

Der Verein der Musikfreunde veranstaltete am Donnerstag abend im „Kolosseum" mit dem aus nur ausgezeichneten Musikern (Prof. C. Wendling, H. Michaelis, Ph. Needer und A. Saal) bestehenden, nach seinem hervorragendsten Mitgliede benannten Wendling-Quartett eine Kammermusikaufführung, deren kunstle-

Die Qualen eines Nervösen.

Ein nervöser Mensch ist ein unglücklicher Mensch. Kleine Widerwärtigkeiten können ihn zur Verzweiflung bringen, die kleinste Aufregung kann ihm tagelang Kopfschmerzen oder Uebelkeit verursachen, ihn ärgert die Fliege an der Wand, und er ärgert sich wiederum darüber, daß er sich so ärgert.

Nervenleiden sind zumeist Gehirnleiden — und Geisteskrankheit, unbewußte Handlungen, Rückenmarkslähmungen usw. sind nur besonders schwere Folgen derselben. **In leichteren Fällen äußert sich Nervosität durch: Kopfschmerzen, Gliederreißen, Zuckungen, Rückenschmerzen, Gesichtsschmerzen, Schmerzen im Hals, Armen und Gelenken, Augenflimmern, Blutwallungen, Herzklopfen, Schlaflosigkeit, schwere oder schreckliche Träume, Beklemmungen, Schwindelanfälle, Angstgefühle, übermäßige Empfindlichkeit gegen Geräusche, Reizbarkeit, besonders früh nach dem Aufstehen, Unruhe, Launenhaftigkeit, Versagen des Gedächtnisses, gelbe Hautflecke, Klopfen in den Adern, Gefühl von Taubheit in den Gliedern, Zittern der Hände und Kniee bei Erregungen, blaue Ringe um die Augen, Ohrensausen, sonderbare Gelüste und Abneigungen, Schreckhaftigkeit.** Viele weniger auffällige Erscheinungen treten einzeln oder zusammen auf und sind Anzeichen dafür, daß die Nerven angegriffen sind.

Zeigen sie sich, so sollte unbedingt sofort etwas geschehen. Man muß den erschöpften Nerven diejenigen Stoffe zuführen, die sie bei der übermäßigen Anstrengung verbraucht haben. Diese Stoffe bestehen aus organischen Phosphorsäureverbindungen, und es ist der Wissenschaft gelungen, sie aus organischen Substanzen in sehr starker Konzentration zu gewinnen. In zweckmäßiger Zusammensetzung enthält sie das bekannte, sehr empfohlene Dr. med. Robert Hahns „Nervisan". Hören Sie, wie es beurteilt wird:

Ich bin sehr zufrieden, fühle mich jetzt viel wohler, hauptsächlich der Schlaf ist viel besser geworden, ich schlafe jetzt fast jede Nacht ununterbrochen durch, was erst nicht der Fall war . . Bruder, Justizwachtmeister. . . . daß ich mit Ihrem „Nervisan" sehr zufrieden bin, ich bin mein Nervenleiden Gott sei Dank los, wofür ich Ihnen sehr dankbar bin. . . . Ich habe es schon vielen empfohlen und werde es auch weiter tun. Val. Göring. . . . . zu meiner Beruhigung kann ich Ihnen die freudige Mitteilung machen, daß ich mich wieder wohl und gesund fühle und wieder ein ganz anderer Mensch bin. Werde mich bemühen, Ihr „Nervisan" überall zu empfehlen, danke Ihnen nochmals nachträglich. Fr. Fuchs. . . . und viele andere mehr.

Wenn man sich unter Berufung auf diese Zeitung an Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg 689 wendet, so erhält man vollständig kostenlos und portofrei eine Probeschachtel dieser nervenstärkenden Pastillen zugesandt, außerdem auch noch ein Buch, in welchem die Ursachen und die Heilung der Nervenleiden klar und verständlich geschildert sind. Ein Mittel, welches von jedem aufs günstige beurteilt wird, sollte man mindestens versuchen, besonders wenn dieser Versuch nichts kostet 10222

rischer Erfolg groß und unbestritten war, dessen Beginn jedoch unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden hatte. Zur Wiedergabe gelangten Mozarts Streichquartett in C-dur, Regers Streichquartett in Es-dur und Beethovens Streichquartett in B-dur (Opus. 18, Str. 6), also drei Werke von erheblicher innerer Verschiedenheit und besonderer Eigenart. Durch den meisterhaften Vortrag des feinabgetönten Zusammenspiels kamen die charakteristischen Schönheiten der drei Tondichtungen sehr glücklich zum Bewußtsein der Hörer, die durch lauten Beifall, vor allem nach Regers Quartett, ihre Freude an dem Gebotenen zum Ausdruck brachten. Es war ein Abend, der reinen und reichen Genuß denen bot, die an ihm teilzunehmen Gelegenheit hatten. X

Sport.

Nordbeutsche Spielvereinigung, Gruppe Lübeck. Die am 6. Januar stattfindende Abstimmung macht eine Verschiebung der Bezirksspiele notwendig, um jeden Arbeitersportler die Gelegenheit zu geben, seiner politischen Pflicht zu genügen. Auch uns kann es nicht gleichgültig sein, wie wir in Lübeck regiert werden. Wir erinnern nur an die Angriffe auf den Achtstundentag, dessen Aufhebung für uns gleichzeitig eine starke Drosselung der sportlichen Tätigkeit bedeuten würde. An alle Arbeitersportler ergeht daher der dringende Appell, im eigensten Interesse am 6. Januar ihrer Pflicht zu genügen. Fr. S.

Wetterbericht.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)

Mölln, 8. Januar. (Nachdruck verboten.)

6. Januar: Milder, trübe, starke bis stürmische SW.-Winde, verbreitete, andauernde Schnee- bezw. (Küste)-Regenfälle. Vielfach Tauwetter, ausgenommen Grenzgebiete. 7. Januar: Fortdauer der herrschenden Witterung mit böigen stürmischen W.- und NW.-Winden. 8. Januar: Kälter, unbeständig, abflauende NW.- bis N.-Winde, Schneeschauer. Zeitweise Frost, Nordseeküste ausgenommen. 9. Januar: Zeitweise aufklarendes, meist trockenes Frostwetter mit schwachen nördlichen Winden. Vereinzelte Schneefälle. 10. Januar: Wechselnd bewölkt, trockenes Frostwetter, schwache N.-O. bis Ost-Winde, Temperatur sinkend. 11. Januar: Wenig Aenderung bei schwachen östlichen Winden. 12. Januar: Wetteränderung, zunächst im W. und NW.; stark auffrischende SO.- als S.-Winde, trübe bezw. bedeckt, verbreitete Schneefälle, Nordseeküste Regen und Sturm. Später Tauwetter im ganzen Bezirk.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

Julian Borchardt: Deutsche Wirtschaftsgeschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart. Zweiter Band: Vom Ende der Hohenstaufen bis auf die Bauernkriege (ungefähr 1270—1525). Preis Gm. 4,—. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung E. m. b. H. Berlin C 54. Getreu dem Zweck des Werkes entwirft der Verfasser in diesem Band eine zusammenhängende Darstellung der gesamten wirtschaftlichen Betriebsweise der Epoche nämlich: der Landwirtschaft, des Handwerks, des Bergbaus, des Handels und des Verkehrs, sowie des Kriegswesens. Die eingehenden Ausführungen über die wirtschaftliche Bedingtheit der mittelalterlichen Kriegsverfassung sowie über deren Rückwirkung auf das Wirtschaftsleben, die Entstehung und die wahre soziale wie militärische Bedeutung des Rittertums und sein Verhältnis zu den aufkommenden Feuerwaffen, dürfte großes Interesse erregen. In einem besonderen Abschnitt wird der Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die sozialen Zustände, auf die Entstehung der Klassen und Stände, auf deren gegenseitige Beziehung, auf die Staatsverfassung usw. untersucht. Auch das allmähliche Zurücktreten und der Verfall des grundbesitzenden Adels gegenüber dem aufstrebenden städtischen Bürgertum findet gebührende Berücksichtigung, woran sich alsdann eine neue Klassenscheidung innerhalb des Bürgertums selbst anschloß, die zur Proletarisierung großer Volksschichten in den Städten führte, während zugleich auf dem Lande die Lage der den Boden bearbeitenden Bauernschaft immer trauriger sich gestaltete: So wird die Darstellung bis zum Vorabend des großen deutschen Bauernkrieges und der Reformation fortgeführt.

Briefkasten.

O. W. 1. Ein solches Recht hat er nicht. 2. Bis zu 5 Proz. — Endgültige Entscheidungen stehen bevor.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 4. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Der Markt bewegte sich weiter in fester Haltung. Das Angebot genügt den Anforderungen, so daß Umsätze nur wenig lebhaft waren. Preise in Rentenmark per 1000 Kilo: Weizen 164—168, Roggen 146 bis 150, Hafer 132—140, Gerste 166—170 ab inländ. Station; ausländ. Gerste loko 174—177, Mais loko 172—175 frei Kaiwaggon. Oelkuchen bei festen Preisen mehrfach umgesetzt.

Futtermittel. Hamburg, 4. Januar. Mais loko in Rentenmark 8,60; Reisfuttermehl (24proz.), Januar-Februar 1,50 Dollar; Rapskuchen, Jan. 7,75 holl. Gulden, Palmkuchen, Januar-März 7,90 holl. Gulden; Kokoskuchen Januar 10,70 holl. Gulden; Inlandsweizenkleie, loko, 4,00 Rentenmark. Tendenz: stetig.

Heu und Stroh. Hamburg, 4. Januar. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose 2,00, gepreßt 2,90, Getreidestroh, gebündelt 0,90, gepreßt 1,10 Goldmark, alles je Zentner frei Waggon, inländische Verladestation, exkl. Deckenmiete. Tendenz: Bei leicht befestigten Preisen etwas freundlicher.

10212

Spanetti

die beste Milch-Schokolade

Gütermann's „Ideal"-Näh-Seide

in ihrer bekannten, unübertroffenen Qualität

wieder für 10 Pfennig das Röllchen

in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Warnung vor Nachahmung in geringerer Qualität, mit kürzerem Maß oder dünnerem Faden.

Jedes Röllchen trägt den Namen sowie Angabe des Maßes von 50 Meter und der Fadenstärke 100. 10218

Amtlicher Teil

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 hat der Reichsarbeitsminister als Schlichter für den Schlichterbezirk Schleswig-Holstein, Lübeck, Mecklenburg den Direktor der hiesigen Arbeitsbehörde Dr. Linz bestellt. (10250

Lübeck, den 4. Januar 1924.

Die Senatskanzlei.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der Freien und Hansestadt Lübeck Nr. 1 vom 5. Januar 1924 enthält:

Schlußnotenordnung der Schornsteinfeger. — Verordnung zur Ausführung der Verordnung der Reichsregierung über die Auflösung der Flüchtlingslager vom 17. Dezember 1923. — Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung zur Sicherstellung des Warenumlaufs vom 22. Oktober 1923. — Vorschriften zur Verordnung vom 22. September 1923 zur Ausführung des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923. — Bekanntmachung, betreffend Jahresverdienstverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter. — Bekanntmachung, betreffend Festsetzung des Ortslohnes. — Berichtigungen. (10249

Umtausch von Einkommensteuermarken.

Künftig werden von den Postanstalten nur noch auf Goldmark lautende Einkommensteuermarken ausgegeben. Der Verkauf dieser Steuermarken beginnt aus technischen Gründen erst am 10. Januar 1924. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird der Verkauf der auf Papiermark lautenden Einkommensteuermarken eingestellt. Die auf Papiermark lautenden Marken dürfen nur noch für den Steuerabzug aus dem Kalenderjahr 1923 sowie in denjenigen Fällen verwendet werden, in denen Steuermarken für 1924 vor dem 10. Januar 1924 geklebt werden müssen. Die etwa noch in Händen der Arbeitgeber befindlichen nicht mehr benötigten größeren Mengen von Einkommensteuermarken, die auf Papiermark lauten, können bis zum 10. Januar 1924 bei den Postanstalten umgetauscht werden. Nach diesem Zeitpunkt findet ein Umtausch nicht mehr statt. 10253

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck Abt. Ia.

Lübecker Brandkasse.

Gemäß Beschluß des Verwaltungsrats wird für alle Gebäude, welche bei der Lübecker Brandkasse versichert sind, ab 1. Januar 1924 die Goldmark-Versicherung (1 Goldmark = 1/4 U.S.A. Dollar) unter Zugrundelegung der Taxsumme vom 1. Mai 1917 eingeführt und bei Brandschäden die Entschädigung wie in Vorkriegszeiten festgesetzt. Ferner gilt als Versicherungsjahr künftig das Kalenderjahr. Die Hebezettel für 1924 werden im Laufe des Januar zugehen. (10216

Die Privatschänke ist eisenbahnseitig von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens gesperrt. (10237

Die Bahnbehörde.

Die Stadtgemeinde beabsichtigt in kurzer Zeit die **Volksküche** zu eröffnen.

Diejenigen Personen, welche aus der Volksküche Essen entnehmen wollen, werden aufgefordert, sich bis 10. d. Mts. im Magistratsbureau während der Dienststunden zu melden.

Der Preis für 1 Liter Essen ist zunächst auf 30 Pfg. festgesetzt. (10251

Das Sekretariat. Der Magistrat.

Kronsforder Forstrevier.

Holzverkauf

am Dienstag, d. 8. Januar 1924 vormittags 10 Uhr, in der Gastwirtschaft Seidelmeyer in Kronsforde aus dem Forstort Lauenbruch: an der Quistenallee: 7 Fichten (Stämme IV.-V. Kl.) 8 Fichten (Stangen I. Kl.) an der Stockmannschneise — Rakettenweg: 565 Kiefern (Schleeren I.—III. Kl.); 28 rm Kiefern-Knüppel. Am Seidelteich—Dachsbahn: 318 Fichten (Stangen) I. bis IV. Kl. Am Totenweg-Wildbahn: 31 rm Kiefern (Rollen), 1 m lang, ca. 18 cm Durchm. 51 rm Kiefern (Knüppel). 35 Haufen Kiefern (Busch). Aus dem Forstort Bogelfang: 122 rm Weikarten (Rollen), I. u. II. Kl., 2 m lang. 91 rm Buchen (Kluft und Knüppel).

Das Buschholz im Bogelfang wird nicht verkauft. Brennholz nur an Lübecker für eigenen Hausbrand. Am Auktionstage keine Abfuhr. Verzeichnisse werden nicht ausgegeben. (10215

Kronsforde 1. Dezember 1923.

Der Revierförster.

Nichtamtlicher Teil

Wir suchen für gelegentliche Zwecke einen

tüchtigen Zeichner

für Büchses in Entwürfen und Modellanfertigung. Angeb. unter 6 558 an die Exp. dieses Blattes.

Anna Schröder
Paul Scholz
Verlobte. (10203
Kückenz. Schlußtag. Januar 1924.

Suche für 16j. Mädchen Stellung. Frau Fessel, Rückerz, Rogenfeld 62.

Dachdecker sucht Beschäftigung ganz gleich welcher Art. Ang. u. C 561 a. d. E. (10262

Kinderl. Ehepaar sucht 1—2 Zimmer oder möbl. Zimmer mit Küche oder Kochgelegenh. Ang. unt. 6 556 a. d. Exp. (10227

Blockwagen, 5 Zentner Tragfähigkeit, zu k. ges. Angeb. m. Pr. u. 6 557 a. d. Exp. (10228

D.-Wintermantel bill. zu verk. Augustenstr. 25 (10211

Kinderwagenkisten m. Bank u. Sauft. zu verk. (10246 Kätzel, Dankwartsstr. 109.

Sterbefall-Sparer geb. erhaltener Sarkstand sofort zu verk. Besichtigung bis Montag abend. 10234) Segebergstr. 3 II.

Schlitten zu verkaufen. Vorderstr. 17/19 II r. (10261)

Zur sch. Arbeitsstelle! Gr. 41—42 geg. 43—44 z. t. ges. od. z. vert. (10244 Beinstr. 32.

Weiße u. Damm. elegante Oxen, n. Schlittschuhe, Schlitten m. Gelaut z. verk. od. z. tausch. Fackenburger Allee 58 a. 10245) F. 1356.

Wachsamer Hund zu verkaufen. (10217 Glendorfstr. 19, III.

Gel. Haus mit Garten (Burgtor/Hüxter.) hohe Anzahl. Ang. u. C 560 a. d. Exp. (10254

Heim-Vorwerk besohlt Stühle (abgeh. u. gebr.) Tel. 8730 (10223

Damen- und Kinder-Garderoben werden angefertigt, auch Wäschenäherei (10260 Weiserstr. 16.

Chorverein Lübeck.

Am Montag:

Männerchor 7 Uhr
Damenchor 8½ „
Leitung: L. Kempser.

Empfehle mich zum Anfertigen aller Damen- und Kindergarderobe, Mäntel, Kostüme, Aufarbeiten, Modernisieren

Timm, (10247
Johannisstraße 46, III.

+ Magerkeit +

Schöne volle Körperformen durch unser Lager-Kraftpulver

in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 2,50. (10214

Adler-Apotheke.
Lübeck, Ob. Mengstr. 10

Wohnstr. 62
Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, Metalle, Haare, Felle kauft
Selig L. Cohn
Tel. 2153. (10256

Krätzurgan beseit. sofort unauffällig, mild, geruchlos Jucken und heilt alle Hautleiden. (10219
Drog. Ausborn Nf., Beckergr. 68. Auch Versb.

Stoffe

für Herren- und Damenbekleidung in all. Qualitäten — vom einfachsten Buckskin bis zum edelsten Kammgarn — in reichhaltiger Auswahl und zu

enorm billigen Preisen

empfiehlt
H. Danig's Tuchlager
Hüxstraße 113. 10239

Stadthallen-Restaurant
Täglich von 12—2 Uhr:
Guter bürgerlicher Mittagstisch
ab 6 Uhr: (10231
Speisen v. d. Pfanne.
Reichhaltige Speisekarte.
Cort Hanschen.

Korbmöbel, Wollstiefel, Tische, Hocker, Nähtische, Wäschekörbe
große Auswahl zu Fabrikpreisen.
Nur (10242
Krähenstraße 7
(Hof.) Tel. 8364.

Metallbetten.
Stahlmatr., Kinderbett.) dir. a. Priv., Kat. 43 U frei, 10204) Chemnitzer Bettfabrik Schlaffh

FELLE

Füchse	Eichhorn
Marder	Wiesel
Iltisse	Katzen
Dachse	Maulwürfe

Hasen, Kanin usw. kom.
HAARE
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Hüxstraße 26, Hüxstraße 8. (10205
Fernsprecher 3414.

Unser diesjähriger großer Saison-Ausverkauf
beginnt am Sonnabend, dem 5. Januar.
10% Rabatt
nur während des Ausverkaufs auf alle nicht zurückgesetzten Waren
Fensterpreise netto.
Herren- und Knaben-Garderoben, eleg. Damenmäntel, Kleiderstoffe, Bettinlett, Lodenjoppen, Ausstener, starke und elegante Schuhwaren, Schaftstiefel, Pantoffel usw. (10252
Beachten Sie unsere wirklich billigen Schaufensterpreise.
Kaufen Sie jetzt. Nutzen Sie die günstige Gelegenheit aus.
Reste-Abschnitte usw. enorm billig.
5 große Schaufenster.
Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft,
Hundestraße 49/51.
10258) Tel. 2451.
Uebernahme aller Bestattungen.

Aus eintreffendem **Waggon** empfehle **Pa. Briketts** zu billigstem Tagespreis
H. Gaertner, Dummersdorf
Abt. Kohlenhandel. 10224

Für eigenen Bedarf, Kaufe: 10210
Kanin-, Hasen-, Katzenfelle, sowie Iltis, Marder, Maulwurf zu höchsten Preisen.
Pelz-Spezialgeschäft Hermann Boy
Sandstraße 21, gegenüber H. t. Stadt Hamb

Unsere altbekannten erstkl.
Eiform-Briketts
sind wieder eingetroffen. Billigste Tagespreise!
Maaß & Co. G. m. b. H. Kontor: Breite Str. 83. Tel. 8604-8610. (10259